

Postvertriebsstück Entgelt be
2F8971D A1207
Mecklb. Landesbibliothek
Am Dom 2
D-2750 Schwerin

Mkl-Bestand

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 47/48 · 27. November 1992 · 1,00 DM

2F 8971C

Honnecker Prozeß Seite 2	Schnaps im Aufwind Seite 5	Kulturpolitik in M-V Seite 6	Das Lied von Scholem Seite 7	Patient Wald Seite 8	up Platt: Markt 92 Seite 11
------------------------------------	--------------------------------------	----------------------------------------	----------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------------

Nach Mölln die Härte des Gesetzes

Darf man das, nach Mölln, zur Differenzierung anstelle allgemeiner Alarmstimmung aufrufen? Ich denke, man muß es. Nach den Brandanschlägen inmitten der westdeutschen Idylle, ganz unvergleichbar also den ostdeutschen Problemzonen, die manch einem Überverständnisvollen die dortige Randalenachvollziehbarkeit macht, kann keine Rede mehr sein von Abhilfe, die man, per Asylgesetzänderung, einer angeblich verunsicherten Bevölkerung endlich versprechen müsse. Diese Vereinnahmung "der" Bevölkerung ist schon perfide. Der allbekannte deutsche Selbsthaß sollte nun nicht auch die Gutmeinenden wieder einmal pauschal vor den Deutschen warnen lassen, denn der Unterschied ist nicht zu übersehen: Zwischen brutalisierten und rechtsextremen Jugendlichen einerseits, einer Mehrheit der Deutschen andererseits und, allerdings, jenen Institutionen, die ihrem Auftrag nicht nachkommen: Menschenleben, Menschenrecht und nicht zuletzt die Demokratie selbst zu verteidigen.

Es gibt ihn sehr wohl, den deutlichen Aufschrei der Betroffenheit, der doch zumindest Hunderttausende von Deutschen auf die Straße und zu Mahnwachen treibt. Aber wo bleibt heute sie, die früher vielbeschworene Härte des Gesetzes? Ich denke, wir nehmen soeben auf die denkbar schlimmste Weise Abschied von einer Illusion, die der Wohlstand der Achtziger Jahre hat nähren können. - Abschied vom Nachwächterstaat, Abschied vom Wunsch nach möglichst weitgehendem Verzicht auf Regeln, Strukturen und Bindungen. Solcherlei Vorstellungen müssen bis in Regierungskreise hinein gewirkt haben, denn als ob man das harte Durchgreifen gegen rechts, das übrigens die Sozialdemokratie damals in den Siebziger Jahren gegen links durchaus zu praktizieren vermochte, verlernt hätte, diskutierte unsere herrschende Klasse einfühlsam über das soziale Leid, das hinter rechtsradikaler Randalen stecke und forderte diejenigen zum moralischen Bekenntnis auf, die unter Garantie noch nie auf die Idee gekommen sind, das Wohnhaus von irgendjemand anzustecken.

Da aber wird etwas verwechselt. Denn gegen rechtsradikale Mordanschläge helfen keine moralischen Bekenntnisse, sondern höchstens Polizei und Justiz. Die Polizei aber

war bekanntlich vor allem im Osten kaum präsent, die Bundesanwaltschaft fühlte sich, bis Mölln, nicht zuständig und unsere Politiker diskutieren just in dem Moment über das Asylrecht, in dem das nur als Freibrief für "Ausländer raus"-Hetze gedeutet werden kann.

Die Politik ist dazu da, die Prinzipien des Rechtsstaates zu verteidigen, nicht aber, dessen Bürgern moralische Bekenntnisse abzuverlangen. Das möchte ich nicht mißverstanden sehen: Ich finde es gut, daß Hunderttausende für eine Art des Zusammenlebens in Deutschland demonstrieren, das konfliktreich sein mag, aber ohne Gewalt auskommt. Es ist nicht zuletzt ein Zeichen für ausländische Beobachter, die bereits wieder deutsche Naturgesetzlichkeit fürchten: Nämlich eine durch und durch hysterische und xenophobe deutsche Mentalität. Ich wehre mich aber gegen eine Verwechslung, wie sie insbesondere Politiker heute gern pflegen: Zwischen den Aufgaben des Staates und den Selbstverpflichtungen der Gesellschaft, eine Verwechslung, die nur in jenen jetzt so entrückten Zeiten naheliegen konnte, als nicht nur eine kleine Minderheit vom Obsoletwerden des Staates und seiner Organe träumte.

Ich finde es deshalb vielleicht noch verständlich, aber ganz und gar ungemütlich, wenn ein so angesehen Mann wie Ralph Giordano "bewaffneten Selbstschutz" der jüdischen Deutschen ankündigt und wenn junge Türken von Vergeltung reden. Diese unübersehbare Reminiszenz Weimarer Verhältnisse sollte vielmehr als Aufforderung an den Staat genommen werden, sein Monopol auf Gewalt endlich zu verteidigen, indem er sie zum Schutz von Minderheiten und zur Prävention weiterer Straftaten verdammt noch eins auch einsetzt.

Das heißt mitnichten, daß nicht auch auf der Ebene der Gesellschaft manche Illusion zu revidieren wäre. Tatsächlich hat die Entregelung menschlicher Beziehungen unter der Rubrik "Freiheit von Zwängen" dazu beigetragen, daß im Fall wachsenden gesellschaftlichen Drucks entlastende Umgangsregeln fehlen. Darüber kann man reden. Ich aber rede darüber erst, wenn Politik und Staat ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Cora Stephan



Rathaus in Grabow

Foto: Rainer Cordes

Die SPD auf dem Weg zu neuen Ufern?

Eine Zitterpartei hätte der Sonderparteitag der SPD werden können. Wenn die Genossen der Landesverbände sich durchgesetzt hätten und sich die SPD nicht auf den Kurs ihres Kanzlerkandidaten Engholm hätte einschwenken lassen. Es wurde zwar noch heftig gestritten, aber der Kompromiß war im Vorfeld schon gefunden.

Hitzig die Debatte um Asyl und Blauhelmeinsatz. Engholm hatte sein politisches Schicksal an die Akzeptierung seines Petersberger Kurses geknüpft. Wenn der Vorsitzende es ernst gemeint hätte mit seiner Drohung, hätten wir nun wohl doch einen neuen Kanzlerkandidaten. Das, was der Parteitag beschloß, ist von den Petersberger Beschlüssen recht weit entfernt. In der Asylfrage ist eigentlich nur das Signal gesetzt worden: "Wir lassen mit uns reden." Das Individualrecht auf politisches Asyl bleibt erhalten, ebenso die Rechtsweggarantie. Wie ein Deal erschien dann die hochmoralische Entscheidung in der Frage der Blauhelmeinsätze deutscher Soldaten. Es bleibt, bei dem Nein der SPD zu militärischen Einsätzen. Solange die UNO nicht reformiert und nicht garantiert sei, daß sie nicht Spielball von Großmächten sein könne, soll sich daran nichts ändern.

Fast wie Makulatur erschien die Diskussion über das Dauerthema: Aufbau der neuen Bundesländer. Fast gelangweilt fanden die Genossen aus dem Osten Gehör. Natürlich würde, wenn es nach der SPD ginge, alles ganz anders gemacht, aber wie? Die Entschließung eines Aufbauprogramms-Ost blieb nebulös. Ob das Anbieten einer höheren Investitionszulage und besserer Abschreibungsmöglichkeiten die Lust, im Osten zu investieren steigern wird, darf bezweifelt werden. Fast rührend fand Regine Hildebrandt denn auch die rechten Worte: "Bitte helft uns weiter!"

War für diese Beschlüsse ein Parteitag vonnöten? Regierungsfähigkeit sollte auf dem Sonderparteitag unter Beweis gestellt werden. An der Tagesordnung sollte jetzt endlich stehen, daß die SPD Oppositionsfähigkeit zeigt. Bis jetzt waren die Sozialdemokraten die Gejagten. Die Regierungsparteien haben sie in die Enge getrieben. Damit könnte jetzt Schluß sein. Die Fraktion hat nun in aller Entschiedenheit einen Kompromiß mit der Koalition zu suchen. Die unerträgliche öffentliche Asyldebatte diene derzeit Regierung und Opposition trefflich dazu, die eigentlichen Themen hintenanstehen zu lassen: Finanzen, Wirtschaft und eben das Kardinalthema: Einheit. Wenn das dabei her-

auskommen würde, dann wäre dieser Parteitag im Ergebnis ein Gewinn für unsere demokratischen Auseinandersetzungen.

Ob die SPD "links und frei" bleiben wird, darf bezweifelt werden. Vergessen die Zeit, da moralischer Anspruch ganz oben anstand? So ganz doch nicht, die Revision der Petersberger Beschlüsse hat den inneren Parteifrieden wieder hergestellt.

Unterm Strich: Die SPD spiegelt die Entwicklung derer wider, die sie vertritt. Man ist in die Jahre gekommen und zu einigem Wohlstand. Die Volkspartei ist längst nicht mehr die Partei der Arbeitnehmer, sie ist längst eine Partei der bequemen Mitte geworden. Sie ist verbürgerlicht wie der Rest der Gesellschaft. Was keinen Sündenfall darstellt. Eher ist zu fragen, haben die Genossen nicht bemerkt, daß der gesellschaftliche Trend gebrochen, die Zeit der Prosperität vorüber ist? - Vor wenigen Wochen hat die Caritasstudie daraufhingewiesen, daß jeder vierte Bundesbürger an und unter der Armutsgrenze lebt. Keine Zielgruppe für Sozialdemokraten? Doch dies Thema steht bis heute auf keiner Diskussion von Parteitag. Das dürfte die Debatte von morgen sein.

R. Marquardt

Zu Gast in M-V

Seit jenen Sommertagen, als Rostock-Lichtenhagen in aller Munde war, ist einiges in der Republik geschehen, das zeigte, daß Intoleranz und Menschenverachtung noch überboten werden können. Dennoch: Das politische Trauerspiel ist nicht zu Ende.

In Schwerin tagte in dieser Woche der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der jene Ereignisse klären soll. Ministerpräsident Seite hatte Gelegenheit, seine Sicht der Dinge mitzuteilen. Erklärungsbedarf bleibt. Wenn dem SPIEGEL in seiner jüngsten Ausgabe gelungen ist, nachzuweisen, daß Innenminister Lothar Kupfer in den Tagen der Rostocker Krawalle an den Polizeibesprechungen teilgenommen und die Lage völlig falsch eingeschätzt hat, dann ist schwer nachvollziehbar, daß der Ministerpräsident sich nicht endlich von seinem Innenminister trennt. Das Beharrungsvermögen des Ministers wird dieser Tage erneut unter Beweis gestellt.

Mecklenburg-Vorpommern hat neben vielen anderen richtigen Sorgen, wie "Wie schaffen wir den Anschluß an die Wohlstandsrepublik", eben das Problem mit der Gastfreundschaft. Es hat sich bisher als ein fast sinnloses Unterfangen erwiesen, ein Klima von Weltoffenheit zu verbreiten. An Bierischen herrscht die Angst vor Überfremdung. Das ist bei einem Bevölkerungsanteil nichtdeutscher Einwohner von unter einem Prozent ja auch mehr als verständlich.

In unserem schönen Land leben 900 vietnamesische Mitbürger.

Dieser Euphemismus umschreibt einen Umstand, der gut in diese Zeit paßt. Er suggeriert: Es ist doch alles in Ordnung. Mitbürger sind fast Menschen wie Du und ich. Bloß "Bürger" sind sie eben nicht und sollen es auch nicht werden. - Da wären wir wieder bei unserem Innenminister! Denn nach Auffassung von Lothar Kupfer besteht für die zu DDR-Zeiten willkommenen Gäste weder aus politischen, noch aus rechtlichen, noch aus humanitären Gründen Veranlassung ein Bleiberecht einzuräumen.

Die Begründung dieser These mutet dann schon wie blanke Zynismus an: Die Vietnamesen seien zu DDR-Zeiten im Rahmen von Entwicklungshilfemaßnahmen eingereist, sie hätten sogar Privilegien genossen, seien u. a. in prima Unterküften untergebracht gewesen. Sie hätten nur bedingt etwas mit dem Schließen von Arbeitsmarktlücken zu tun gehabt. Also träfe auf sie der Status eines "Gastarbeiters" nicht zu, außerdem sei seit 1973 in der BRD ein Anwerbestopp von Gastarbeitern erlassen worden! So wäre mit ihnen kurz und bündig zu verfahren: Abschiebung. Die ersten Abschiebehandrohungen sind erfolgt. Schöne neue Welt; zu Gestein von Menschlichkeit ist man hierzulande nicht fähig.

Politik

Randbemerkung

Teurer Eigensinn

Militärs verlieren ihre Siege aus Dummheit, Eigensinn und blindem Kadavergehorsam. Aus glücklichen Anlässen werden merkwürdigerweise auch von Demokraten die Chancen des politischen Erfolges verschleppt. Die Fehlleistungen des Einigungskanzlers Helmut Kohl sind ein besonders trauriges Beispiel. Zwei Jahre hat er benötigt, um die historischen Dimensionen der Wiedervereinigung, von der er so gerne spricht, auch in Mark und Pfennig zu begreifen. Davor gab es das Waschmittelversprechen „Niemand soll es schlechter gehen, allen besser“. Dann folgte, in einem quälend langen zeitlichen Abstand die lahme und zudem falsche Entschuldigung, niemand in der Regierung habe das wahre Ausmaß der Probleme erkennen können.

Bundesbankpräsident Otto Pöhl zum Beispiel hatte es erkannt und benannt und rettete sich, seine Nerven und sein Ansehen, nachdem er nicht gehört wurde, durch Rücktritt. Doch niemand auf der Bonner „Titanic“ wollte das als ein Alarmzeichen deuten. Die Arroganz der Macht und der politische Lottogewinn Deutsche Einheit machten Kanzler und Koalition blind und leichtsinnig. So, wie in James Thurbers Tierfabel vom tagblinden Uhu. „Ich sehe nichts“, rief der zum König der Tiere Ausgerokorene, wenn ihn Fuchs und Igel vor möglichen Gefahren warnten. Und alle Tiere ecohnten gegen ihre Instinkte und wider den Augenschein: „Er sieht nichts! Er sieht nichts!“ So war es auch, als die Tiere und ihr blinder König an eine viel befahrene Autobahn kamen. James Thurbers Moral aus seiner Fabel: „Glaube macht nicht immer selig“.

Uner Uhu-Kanzler und sein Gefolge scheinen das nun selber zu begreifen. Der jüngste Wirtschaftsbericht der sogenannten Fünf Weisen scheint ihnen die Augen geöffnet zu haben. Aber auch die Vorgespräche mit den Repräsentanten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für einen Solidarpakt haben die hemmende Legende von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft endgültig zerstört. Nun soll in der alten DDR gemacht werden, was von Anfang an möglich und notwendig war: retten statt roden. Die Frage ist nur, warum so spät, warum erst jetzt? Warum mußte so vieles unwiederbringlich den Bach heruntergehen: Industriezweige, Arbeitsplätze, Lebensmöglichkeiten? Die Antwort ist: unsere Mandatsträger handeln wie Duodezisten, wohlmeinend, aber unweisend. Sie mißbrauchen ihre parlamentarischen Mehrheiten wie Kampftruppen und vernachlässigen das demokratische System des Meinungs austauschs und Interessenausgleichs.

GG-Klempner

Noch ist das Gerangel um den Asylrechts-Artikel des Grundgesetzes zwischen Regierung und Opposition nicht zuende, da geht das Gewürge um die verfassungsrechtliche Beteiligung der Bundeswehr unter UNO-Mandat los. Wieder wird zwischen den Kontrahenten das politische Ritual von der Alleingang-Erpressung bis zu Verantwortung appellieren durchgespielt. Dabei ist es Mode geworden, sofort an der Verfassung herumzuklempnern, anstatt erst einmal die notwendig gewordenen Gesetze zu schaffen. Ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz wird sich schnell feststellen und wenn notwendig vom Bundesverfassungsgericht klären lassen. Das ist der einwandfreie gesetzgeberische Weg. So wird zum Beispiel in dem noch immer umkämpften Abtreibungsparagrafen 218 Verfahren.

Im Falle eines UNO-Auftrages für die Bundeswehr gibt der Grundgesetzartikel 24, 2 der Regierung alle Möglichkeiten von der Friedenseinschaltung bis zur militärischen Intervention. Sie muß diese nur gesetzlich präzisieren und vom Parlament bestätigen lassen. Danach kann der Verfassungsverstoß beginnen.

Doch wieder wird am Fundament herumgepfuscht, nur um eine Tür einzusetzen.

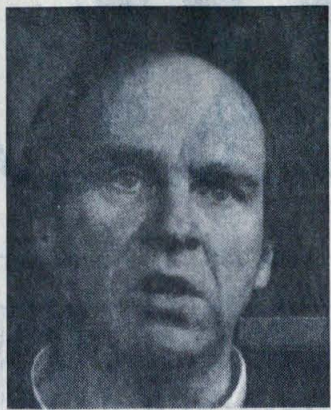
Bernd C. Hesslein

Das Wagnis findet nicht statt

Die Grünen werden immer mehr zu einer Art Briefkastenfirma, deren einziger verbliebener Lebenszweck die Organisation von Wahlkämpfen für diverse Parlamente ist, in denen der Führung genehme Mandatsträger eine nirgends mehr diskutierte Politik betreiben. Der Zusammenschluß mit dem Bündnis 90, das sich hart am Rande der politischen Gehfähigkeit in die Vereinigung geschleppt hat, läßt das Gewicht der Partei nur scheinbar noch einmal wachsen, - in Wahrheit laufen ihr überall in Deutschland in Scharen die Mitglieder davon. Es erscheint den Leuten eben als pure Zeitverschwendung, in einer Organisation mitzumachen, in der die Auseinandersetzung mit den wesentlichen politischen Fragen der Gegenwart nicht nur nicht stattfindet, sondern regelrecht unerwünscht ist.

Zu denen, die resigniert haben und gegangen sind, hat sich nun auch Udo Knapp gesellt, lange Jahre einer der umstrittensten, aber auch kompetentesten Vordenker der Partei. Zu Beginn dieses Jahres war Knapps Buch „Das Wagnis“, das nicht weniger ist als der Entwurf einer grundlegenden Neuorientierung der Grünen als „liberale ökologische Alternative“ (Knapp), die ihr politisches Schwergewicht auf die Ausgestaltung der demokratischen Strukturen legt, innerhalb der Partei praktisch ohne jeden Widerhall geblieben; die Führungsspitze zieht es vor, derlei im sicheren Vertrauen auf die Lethargie der eigenen Partei-Basis auszusitzen: Partei-Reform oder

auch nur der leiseste Anflug einer Debatte darüber würde die Amtsinhaber ja bloß bei der aktuellen



Politik stören. Die schiere Parteitaktik drängt den Impuls zu neuem Nachdenken über inhaltlich gewandelte Partei-Strategien rüde und ohne Sinn in die Ecke; selbst die ansonsten so moderate Antje Vollmer fand es neulich passend, in Leserbrief-Form nachzukarten, nachdem Udo Knapp in einem Zeitungsartikel als einer der Vordenker der Partei bezeichnet worden war, indem sie ihn - korrigierend - als „eine Art Rasputin“ am äußersten Rand des grünen Spektrums charakterisierte.

So ist das: Wer sich nicht damit abfinden will, daß die Grünen mit einem gefaktilierten Partei-Apparat und gedanklich mit nicht viel mehr als dem Streben nach rot-grünen Regierungsbildungen versehen von Protest-Wahl zu Pro-

test-Wahl dümpeln, geht allenfalls als mal belächelter, mal mißtrauisch beäugter Exot durch. So kann man, Knapp hat es in seinem Buch dargetan, wahrscheinlich noch einmal genügend Stimmen ergattern, um in den nächsten Bundestag einzuziehen; aber das spezifische Gewicht eines solchen Erfolges erweist sich darin, daß nicht für die Politik der grünen Partei, sondern g e g e n die der anderen abgestimmt wird.

Udo Knapp hat den Grünen in seinem im „Spiegel“ veröffentlichten Austritts-Schreiben vor allem das vorgehalten: Daß sie trotz ihrer oberflächlichen Fixierung auf die rot-grüne Option - dennoch in ihrer großen Mehrheit unfähig geblieben sind, diesen Staat als ihren eigenen anzunehmen - und entsprechend gleichgültig auf die Chance reagiert haben, nach der deutschen Vereinigung mit diskussionswürdigen Vorschlägen an seiner fälligen Renovation durch demokratische Ausgestaltung mitzuwirken. In wesentlichen Fragen wissen die Partei-Protagonisten unverändert nichts anzubieten als hundertprozentige Gegen-Bilder zur Wirklichkeit, die sich auf die Verlaufsformen politischer Veränderungen nicht einlassen - und, da wo sie regieren, eine Politik, deren in den Gegebenheiten festhängende Kläglichkeit die radikalen Zielbilder demittiert. Für die Asyl-Politik, in der die Partei zunächst gar nichts und dann nur die viel zu späte Mobilisierung des eigenen Spektrums für das Wolkenkuckucksheim-Modell der „offenen Grenzen“ zuwege-

gebracht hat, trifft das genauso zu wie für den Umgang mit dem barbarischen Vertreibungs-Krieg auf dem Balkan, der kein Thema werden darf, weil Fischer und die Seinen sonst darüber den pazifistischen Konsens (und damit den Regierungsbegleitenden Tief-schlaf) der Partei wegbrechen sehen.

Die Grünen, so Knapp, sehen „allein die eigene Wahrheit“ als „Maßstab allen politischen Handelns“. Wer aber prinzipiell nur an sich selbst glaube, könne „allenfalls, bei einigem Geschick, Ressentiments und Stimmungen in Stimmen und Parlamentssitze ummünzen“. Knapps Fazit: „Was er dann damit anfängt, ist ohne Belang“. Man kann aber, das wäre dem zielsicheren Quer-Schützen vorzuzulassen, sehr wohl der Auffassung sein, daß es des Aufwands wert ist, mit grünen Stimmen eine andere Regierungskonstellation in Deutschland zu ermöglichen, von der „ökologische und soziale Reformen“ (Joschka Fischer) erwartet werden können. So restlos vom Tisch und historisch erledigt, ist das „rot-grüne Projekt“ - trotz aller konzeptionellen Schwäche - nun wieder nicht, auch wenn der Ausgetretene wissen läßt, daß er dieser Variante „keinen Charme abgewinnen“ kann. Deshalb bewegen wir nicht nur Udo Knapp, sondern auch den Grünen Glück auf den Weg, - und den dazu gedeihlichen Gedankenreichtum.

Michael Will

Drei, zwei, eins... der Countdown läuft

Vor gut zwei Wochen hat er nun begonnen der Prozeß gegen „führende Repräsentanten und weitere Persönlichkeiten“ der vergangenen deutschen Republik, so hätten sie es selber im schönsten Parteideutsch formulieren lassen, die Herren Honecker, Mielke, Stoph, Kessler, Streletz und Albrecht. Jetzt stehen sie vor Gericht in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des ehemaligen Nationalen Verteidigungsrates. Des Gremiums also, das für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, wie diese Trennungslinie zwischen Ost und West in der Mitte Deutschlands auf der anderen Sprachregelungsseite genannt wurde, verantwortlich war.

Diese Beschränkung der Unrechtsahndung allein auf den Schießbefehl, juristisch sicher zweckmäßig und sinnvoll, kann aber die hochgeschraubten Erwartungen und Ansprüche an so einen Prozeß nicht erfüllen. Vor allem der Gerechtigkeit soll gedient und Vergangenheit soll zu-

mindest aufgearbeitet, wenn nicht gar bewältigt werden. Auf keinen Fall soll dieser Prozeß ein politischer werden. - Nur, wer kann bestreiten, daß es zumindest ein politisches Interesse gibt, diesen Prozeß überhaupt stattfinden zu lassen? Wer will bestreiten, daß es ein eben solches Interesse gibt, es eben nur bei dieser Einschränkung zu belassen, um das eigene politische Handeln nicht rechtfertigen zu müssen?

Der jetzige Außen- und frühere Justizministers Klaus Kinkel zeigt in seiner Person diesen Widerspruch deutlich auf. Der Jurist Kinkel war einer der energischsten Betreiber der Auslieferung des Moskauer Botschaftsflüchtlings und man nahm ihm auch sein moralisches Engagement dazu ab. Doch kann der gleiche Mann, zum realpolitischen Außenminister gewandelt, wenige Wochen später in Peking behaupten, daß man mit solchen Ansprüchen keine Politik machen kann.

Was wäre, wenn E. H. seinen

80.Geburtstag nicht im Knast von Moabit sondern in Amt und Würden begangen hätte? Keine ganz abwegige Vorstellung, wenn alles seinen sozialistischen Gang gegangen wäre. Denn angeschlagene Gesundheit, ja selbst verminderte Zurechnungsfähigkeit der führenden Persönlichkeiten war zu sozialistischen Zeiten nicht Grund genug, um diese abzulösen. Valentin Falin, einst Botschafter der Sowjetunion in Bonn, hat jetzt vor einem Moskauer Untersuchungsausschuss ausgesagt, daß Leonid Breschnew die letzten sechs Jahre seiner Amtszeit nur noch ein „psychischer Leichnam“ war, mit dem man sich keine Viertel Stunde mehr vernünftig unterhalten konnte. Die ganze Welt sah wie er nur noch durch die Gegend torkelte und - ihre führenden Politiker schwiegen. Und sie alle in Ost und West betrieben ihre Politik weiter am Rande des Abgrunds.

Der Gang der Geschichte ging aber nicht sozialistisch weiter

und nun sitzen diese Politreise vor Gericht, stehen können sie nicht mehr. Die Justiz soll diesen Prozeß führen nach strengen rechtsstaatlichen Kriterien. Kann sie das?

Erich Mielke hat sich schon verabschiedet, ihm sei ein zweiter Prozeß nicht zuzumuten. Willi Stoph ist handlungsunfähig. Sollte man das nicht auch dem sterbenskranken Erich Honecker zubilligen? Man hat dies schon wesentlich gesünder attestiert.

Die Justiz ist mit diesem Prozeß im Grund überfordert. Sie wird den Wettlauf mit der Zeit verlieren. Zur Schuldeinde wird sie den Hauptangeklagten nicht bringen. Ob sie ihn je verurteilen kann, bleibt juristisch und medizinisch offen. Sie wird sich an allen Verhandlungstagen mehr mit sich selbst als mit der Aufarbeitung von Geschichte und Schuld beschäftigen müssen. Mit all dem ist aber weder dem Rechtsstaat noch dem Rechtsempfinden gedient.

H. Panse

Andere Meinungen

Erwartungen und Ansprüche an die SPD geknüpft.“

Zu den verschärften UNO-Sanktionen zur Durchsetzung der Seeblockade gegen Rest-Jugoslawien, die auch die Blauhelm-Debatte in der Bundesrepublik wieder beleben, schreibt das gleiche Blatt:

„Es ist richtig, daß die Bundesrepublik das deutsche militärische Engagement weiterhin auf reine Überwachung beschränkt. Zum einen hängt in Karlsruhe (BVG) eine Verfassungsklage (der SPD) an. Zum anderen ist die Entsendung deutscher Soldaten zu Kampfaufträgen außerhalb des Bündnisses erst nach einer klaren verfassungspolitischen Entscheidung des Parlaments möglich. Wer nun, in den Reihen der Union, spottet, die Deutschen taugten nur zum Bierholen, der beweist nur, daß er die Verfassung wenig achtet.“

Die in Bonn erscheinende Tageszeitung DIE WELT mokiert sich über das Dilemma, in dem sich Bundesregierung und Bundeswehr durch ihre beschränkte Beteiligung an der UNO-Blockade in der Adria befinden:

„Feuchte mich mit Adria-Wasser, aber mach' mich nicht naß. Der Beschluß des Bundeskabinetts über den Einsatz der Fregatte 'Hamburg' ist grotesk. Das deutsche Schiff beteiligt sich an der Unternehmung eines Bündnisses, dem Deutschland zugehört, im Namen der UNO, der Deutschland beigetreten. Aber es darf nur petzen, daß da ein Schiff kommt, das, bitte sehr, von den anderen gestoppt werden möge. Selber stoppen darf es nicht. Es darf Beihilfe leisten, aber nicht Tausauführung im strengsten Rechtssinne.“

Die Unentschlossenheit der Bundesregierung beim UNO-Engagement, vor allem aber das Verbot von Verteidigungsminister Volker Rühle für die deutsche Fregatte 'Hamburg' zum Eingreifen, erbitert die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG:

„Deutschland fällt der Lächerlichkeit anheim. Aber dabei wird es nicht bleiben. Mit solcher Hampelmännerei zieht sich unser Staat die Verachtung nicht nur seiner Verbündeten zu. Die Bundesregierung hätte also Grund gehabt, sich vor einer Entscheidung gründlich

zu beraten. Sie braucht sich nicht wie das Kaninchen vor der Schlange zu fürchten, weil die SPD gegen die Aktion 'Spielzeug-Schiffchen' Verfassungsklage erhob.“

In einer Nachbetrachtung zum Sonderparteitag der Sozialdemokraten merkt die in München erscheinende SÜDDEUTSCHE ZEITUNG an:

„Eine schlechte Lösung ist besser als gar keine Lösung. Das ist offensichtlich das Motto, nach dem nun Parteien eine Änderung des Asylrechts betreiben. Daß eine Änderung notwendig ist, ist unbestritten. Die objektiven Zahlen verlangen danach ebenso wie die Verzweiflung der für die Unterbringung der Asylbewerber zuständigen Kommunalpolitiker und die Stimme der Bevölkerung. Rund zwei Drittel der Wähler, auch der SPD-Mitglieder, befürworten eine Grundgesetzänderung. Peter Glotz warnte seine Partei deshalb vor einem 'Entferndungsprozeß'. Das ist die Ausgangslage, auf die nun nach dem Sonderparteitag der SPD mehr oder weniger radikal alle großen Parteien reagiert haben.“

Glaubensstark

Niemand soll Umweltministerin Uhlmann vorwerfen, sie sage wissenschaftlich die Unwahrheit, - die Frau weiß es wirklich besser. Das hat ihr Auftritt vor der Landespresskonferenz aus Anlaß der Einführung des Dualen Systems in Mecklenburg-Vorpommern wieder einmal gezeigt: Wenige Monate nach Inkrafttreten der neuen Verpackungsvorschriften, die auf Recycling von Einweg-Verpackungen setzt und auf sonst nichts, säumen Skandale und kriminelle Abfallschiebereien den Weg der von den Einweg-Firmen selbst betriebenen DSD, aber Frau Uhlmann bezweigt offensichtlich als Informationsquelle die Werbebroschüren der Verpackungsindustrie; sonst hätte sie die versammelten Journalisten nicht mit der kuriosen Behauptung verblüffen können, die Betreiber des dualen Systems hätten „glaubhaft deutlich machen“ können, daß „für die vorgeschriebenen Verwertungsquoten der insgesamt 1.150.000 Tonnen Kunststoffen entsprechende Verwertungsleistungen zur Verfügung stehen“. Das Wortchen „glaubhaft“ entbehrt nicht des Hintersinns: Denn Tatsache ist, daß umweltverträgliches Massen-Recycling von Kunststoffen bestenfalls in den Kinderschuhen steckt und deshalb die gewaltigen Mengen mit dem trügerischen Grünen Punkt versehener Plastik-Abfälle je nach Ausprägungs-Grad der ökologischen Verantwortungslosigkeit des einzelnen Entsorgungs-Unternehmens in's Ausland verschoben und verbrannt oder ganz einfach irgendwo abgekippt werden. Und obwohl die Abfalldeponien vom verwertenden Gewerbe mit ihrem Öko-Image hausieren gehen, entstehen beim Recycling von Aluminium und Weißblech-Dosen in großen Mengen Dioxine. Da bedarf es schon einer gehörigen Portion Glaubensstärke, den mit der „stofflichen Verwertung“ betrauten Firmen die Behauptung abzunehmen, alles sei in beste Umwelt-Ordnung.

Frau Uhlmann geht aber noch weiter, sie macht, offenbar als Sorge um die Zufuhr stabil hoher Mengen auf die Deponien des Landes, für die Verpackungsindustrie Reklame: Es gehört, so ihre Worte, auch „zu einer realistischen Betrachtungsweise, Verpackungen nicht allein unter dem Blickwinkel Abfall zu sehen, sondern auch die Notwendigkeit sinnvoller Verpackung zu akzeptieren“. Welchen Blickwinkel mag die Ministerin meinen, unter dem die Umweltpolitik die Verpackungsflut noch sehen sollte? Welche „Notwendigkeit“ hat sie im Auge? Welchen „Sinn“ stiftet das Werfer-Prinzip, außer daß Einige daran nicht übel verdienen? Ach, Petra: Wir sind ja schon froh, daß es in Mecklenburg-Vorpommern noch kein Gesetz gibt, das den Müll unter Naturschutz stellt.

Impressum: MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Wirtschaft/Umwelt: Michael Will Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren: Agelier, Kori Birk, Catherine Doose, Bernd C. Hesslein, Helmut Kater, Dr. Udo Knapp, Franz Maag, Meir Mandelboom, Holger Panse, Waldemar Schlegel, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp.

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin Telefon: 8 33 88

Herausleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz: Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz: EDV-Satzstudio D. Roggentin Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

Druck: L.N.-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Thema

Impressionen

Südamerika: Hütten und Paläste

„Wir haben nichts zu bereuen!“, so der venezolanische Staatspräsident Carlos Andres Perez. Er ist leicht genervt ob der nicht enden wollenden bedenklichen Fragen, die Oktober diesen Jahres en vogue waren. Genervt ist der hohe Herr auch durch die Berichterstattung eines großen deutschen Nachrichtenmagazins, das vor wenigen Wochen aus Venezuela berichtete als handele es sich hier um eine Bananenrepublik.

Dabei gibt der Mann sein bestes. Perez, ein Sozialdemokrat lateinamerikanischer Spielart, ist zum zweiten Mal Präsident in Caracas. Seine erste Regierungszeit erscheint heute allen Landeskindern wie das Leben im gelobten Ölland. Caracas, die Metropole des Landes, boomte damals. Eine Skyline aus Beton, heute bröckeln die Fassaden. Dennoch, solange das Benzin zwölf Pfennig pro Liter kostet, kann das Leben fast ungestört weitergehen für die, die haben.

Doch die schönen Zeiten sind vorüber. Auch in dem Musterland stehen die Zeichen auf Verelendung. Die Elendsquartiere wachsen hier wie andernorts auf diesem Kontinent, den wir bereisen. (Wir das ist eine kleine Journalistenrunde aus den neuen Bundesländern, die Dank der Ebert-Stiftung dieses Neuland betritt.) In den Zeiten des Ölbooms ging die Landwirtschaft nieder, Nahrungsgüter wurden im großen Stil importiert. Außer in ein Straßensystem wurden Infrastrukturmaßnahmen unterlassen. Depressionen an karibischen Stränden.

Ende der 80er Jahre sollte ein starker Mann her, da kam Perez wieder auf den Plan. Doch die Erwartungen können nicht erfüllt werden. „Ich wünsche keinem, ein Land in solcher Zeit zu führen.“, so Perez auf die Frage, wie er es denn angehe, dem Volk die Wahrheit über Sparmaßnahmen und einzuführende Steuern zu sagen. (Der Anteil der öffentlichen Haushalte, der durch Steuereinnahmen aufgebracht wird, liegt unter 5%). Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und der politischen Elite wächst, da sollte die Lösung der Probleme dann auch lateinamerikanisch ausfallen: Anfang Februar kam es zu einem Putsch, der zwar

Quito, eine der schönen Städte Südamerikas. Die Hauptstadt Ecuadors ist zwischen den beiden Cordillerenzügen in einem Hochtal gelegen. Die Luft ist dünn hier oben. Neuankömmlingen wird empfohlen langsam zu gehen, Treppen zu meiden. Wir wohnen in einem der ersten Häuser am Platz. Um das Hotel Maskerade. Haloween, jener merkwürdige Brauch, den die Gringos importiert haben. Völlig unsinnigerweise fahren Autos besetzt mit Maskierten die Avenida auf und ab, Stau in Fröhlichkeit. Fröhlich scheinen die Menschen auch bei Tage.



Präsidentenpalast in Caracas

In Quito gibt es das älteste Kloster Lateinamerikas. Wie auf einer Insel der Seligen haben die Franziskaner hinter hohen Klostermauern ihr frommes Leben geführt und den Heiden unfremd die Zivilisation gebracht. Im Gegenzug bekamen die Spanier das Gold der Inkas.

Auf der Plaza Indichinas, so nennen sich die Indios - unsere Benennungen sind für sie Schimpfwörter, sind Sprache der Kolonisatoren. Sie stehen eingekreist von Soldaten mit Schutzschilden. Die Indichinas haben Speere in der Hand, die Soldaten sind schwer bewaffnet. Ein leiser Singsang liegt wie ein schnalzendes Summen über der Plaza, der Protest eines aussterbenden Volkes. Im Regierungspalast darf eine Gruppe der Indichinas ihr Anliegen dem Staatspräsidenten vortragen: Die Sippe hat sich aus dem Amazonasgebiet auf einen langen Fußweg gemacht, um den Anspruch auf ihr Land zu verteidigen. Es wird ihnen zugesagt, daß sie einen Teil tatsächlich behalten dürfen(!). Dennoch soll eine Autopiste durch den Regenwald getrieben werden, das steht in nationalem Interesse. Das Interesse hat einen Namen: Öl. Wie lange wird die Sippe dieser Indichinas sich noch behaupten gegen das höhere Interesse des Fortschritts?

Ecuador könnte reich sein. Doch wie überall in Lateinamerika fehlt es an gesellschaftlichen Konzeptionen und an Geld. Selbst Bodenschätze, auch das sagenumwobene Gold, das es trotz der jahrhundertelangen Ausbeute noch gibt, bleibt zu großen Teilen aus diesem Grund unangetastet. Der Export-

schlager des Landes ist die Banane - dank unserem unerschöpflichen Appetit auf diese Tropenfrucht stieg in den letzten zwei Jahren die Exportrate, doch nun droht die EG dem einen Riegel vorzuschieben. Wenn die Quotierung der Banananimporte durchgesetzt wird, werden in Ecuador noch mehr

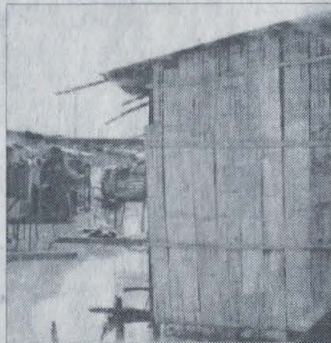
Menschen hungern - darum: „EBt Bananen!“

In der Kirche San Francesco wird der Gast, der, wenn er aus Deutschlands Norden kommt - falls er überhaupt hin und wieder ein solches Gebäude betritt - von der schwülstigen Pracht fast erschlagen. Den Weg in die Kirche bahnt man sich zwischen Buden, an denen eine bunte Mischung feilgeboten wird. Bilder des Papstes, wohlriechende Hölzer, glückbringende Amulette, Gipsbüsten eines Geistheiligers. Wir gehen an Bettlern vorbei, die zu diesem Kontinent gehören wie die Anden. In der Kirche lateinamerikanischer Barock, Sakrales zwischen Kunst und Kitsch. Neben mir plötzlich zwei Kinder. Sie flüstern auf mich ein. Ihre Sprache kenne ich nicht und kann sie dennoch verstehen. Sie geben nicht nach, ganz sanft, ganz leise und doch entschieden. Sie betteln mit Beharrlichkeit, es geht ums Überleben. „Pan“ flüstern sie, „Pan“. Sie lassen erst locker, als ich Ihnen etwas Geld zustecke. Zwischen uns Welten. Sie zotteln hinter uns her, denn wir sind für sie so etwas wie ein Glücksfall. Unsere Neugier braucht Stoff. Sie erzählen, immer noch flüsternd, daß sie bei ihrer Großmutter leben, einen Vater gibt es nicht und ihre Mutter ist gestorben. Pan, heißt Brot.

Neben der Kirche San Francesco Straßenzüge, die wir nicht betreten sollen. Banden machen Jagd auf Touristen. Eine Frau verkauft Zwiebeln, neben ihr tapst ein etwa zweijähriges Kind. Das Kleine pellet die welken Zwiebelschalen ab, kein Spiel, Arbeit. Gegenüber sitzt ein etwas größerer Junge und bewacht das Feuer eines kleinen Ofens, hier wird bald irgendeine Speise zubereitet werden, um vielleicht einen Käufer zu finden.

„Informelle Arbeit“ wird hier derartige Arbeit genannt. Das ist der Arbeitsmarkt, der offiziell nicht erfaßt wird. Arbeitslosenunterstützung? Unbekannt. Schuhe putzen, Zeitungen, Krimskrams verkaufen. Buntes Marktreiben hier und überall, alles Erdenkliche wird angeboten.

Ortwechsel: Guayaquil, eine Hafenstadt. Einst erbaut, um Schätze nach Europa zu verschiffen. Der Pazifik ist noch fast hundert Kilo-

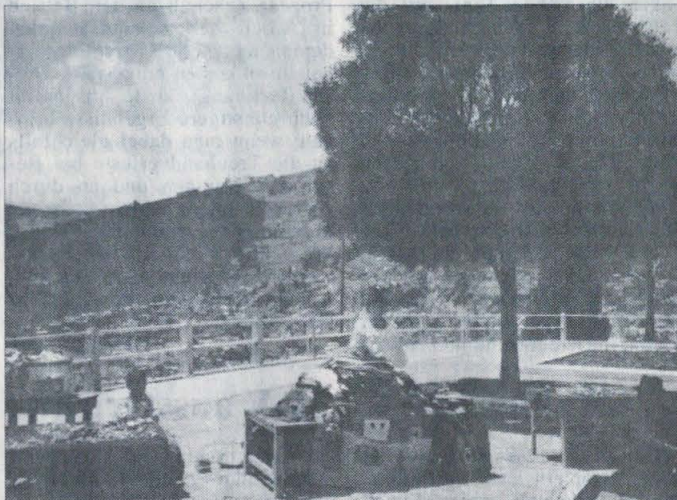


„Landname“

meter entfernt, die Schiffe fahren auf dem schmutzigen Fluß bis ins Meer. Eine tropische Stadt: schwül, laut, lebhaft. Guayaquil wächst täglich. Vor wenigen Jahrzehnten war es noch umgeben von Mangrovenwäldern, die werden immer kleiner. Die Stadt wuchert in sie hinein. „Landnahme“ wird dieses Phänomen in Südamerikas Städten genannt.

Die Landnahmen sind der organisierte Ausbau von Slums. Ein Anführer organisiert eine Gruppe von Menschen, die sich in der Stadt niederlassen wollen. Dafür muß ein Obolus entrichtet werden, ohne Geld also nicht einmal Leben in Slums. Der Anführer der Landnahme sucht einen Politiker unter dessen Schirmherrschaft die Gruppe sich stellt. Das Geschäft beruht auf Gegenseitigkeit: Der Politiker sichert sich so Wählerpotential, die Landnehmer sichern sich ihren Ansprechpartner für künftige Pläne der Siedlung. So entstehen Partnerschaften fürs Leben - Korruption? Die kleine Variante, wenn überhaupt. Unter strengem Regiment des Anführers wird die eigentliche Landnahme durchgeführt, für die Hütten werden andernorts Bauteile vorbereitet, dann

werden sie binnen einer Nacht errichtet - wenn sie ein Dach haben, dürfen sie nicht mehr abgerissen werden. In der ersten Phase der Landnahme sind die Hütten aus Bambusmatten gefertigt, ein Jahrzehnt später werden sie durch Ziegel oder Beton ersetzt. Die Architektur ist hunderttausendfach be-



„Informelle“ Arbeit

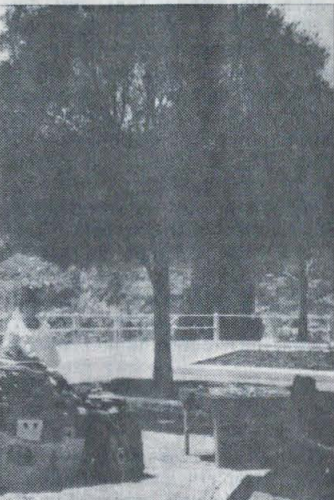
währt. Unter pragmatischen Gesichtspunkten wird das Dachgeschloß so angelegt, daß man jederzeit in die Höhe bauen kann. Die Gebiete sind jetzt in der Phase der Konsolidierung. Es geht darum, die nötigen Versorgungsmittel mit Wasser und Strom durchzusetzen - hierfür wird der Schirmherr benötigt. Solange dies nicht erfolgt ist, werden die Elendsquartiere mit Wasserwagen versorgt. Das Wasser der Armen ist um ein Vielfaches teurer als das der Reichen, der Transport muß mitbezahlt werden. In den Slums herrscht eine strenge Hierarchie, wer aus der Reihe tanzt wird bestraft. Es wird geschlagen, geraubt, vergewaltigt, gemordet. - An jedem Wochenende sterben in den Elendsquartieren Menschen durch Gewalt, Aufklärungsrate Null.

Peru. In Lima herrscht Ausnahmezustand. Präsident Fujimori genießt in der Bevölkerung dennoch hohes Ansehen. (Die Wahlen des vergangenen Wochenendes haben das eindrucksvoll bestätigt.) Die politische Klasse dagegen wird verachtet. Die Scharmützel dieser Tage sind Wehen eines sich hinziehenden Kampfes. Als Fujimori Anfang April das Szenario des Putsches unter Anführung eines amtierenden Präsidenten durchführte, das Parlament entmachtete, wurden die Parlamentarier als sie den Kongreß verlassen mußten, angespien. Korruption, Gruppenegoismus das Ergebnis von Politikverdrossenheit in den Ländern Lateinamerikas. Irreparabel.

Vor 500 Jahren soll Lima noch in einem grünen Tal gelegen haben, doch die Spanier haben die Berge abweiden lassen. Heute liegt Lima in einer Wüste. Es regnet nie und es scheint auch fast nie die Sonne, vom Pazifik drängt Luftfeuchtigkeit herein, die die Stadt in grauem Licht versinken läßt. Die Straßen des Stadtzentrums quellen von Menschen über. Die „informelle“ Arbeit hat Dimensionen angenommen, die beängstigend sind. Was nicht niet- und nagelfest ist, wird gestohlen. Ausländische Investoren ziehen zurück. Eine Bau- ruine größeren Ausmaßes ist die Trasse einer S-Bahn. Dem täglichen Verkehrschaos sollte beigegeben werden, doch nun ragen die Pfeiler der Hochbahn nutzlos in den trüben Himmel, gerade

noch gut dazu, mit Plakaten beklebt zu werden.

Eine Stadt, die am Ende ist. Zwar gibt es Viertel, in denen man das Elend nicht zur Kenntnis nehmen muß, doch der Wohlstand verbirgt sich hinter hohen Mauern. Wachposten stehen schwerbewaffnet an den Straßenzufahrten, die



Grundstücke sind mit Glasscherben und Elektrozaunen abgesichert. Wie eine Laune der Natur - in diesen Vierteln scheint sogar die Sonne. Die Einkaufszentren der Mittelschichtquartiere entsprechen europäischen Standards, doch Eintritt erst nach Taschenkontrolle. Bomben halten die Stadt in Atem. An allen wichtigen Orten stehen Soldaten bis an die Zähne bewaffnet unterstützt von gepanzerten Fahrzeugen.

Die Stadt der Armen stinkt, ist schmutzig. Ungezählte Menschen leben auf der Straße. Das Ergebnis eines Bürgerkrieges, der seit über einem Jahrzehnt tobt. Initiiert von maoistischen Intellektuellen geht ein Blutspur durch das Land. Der „leuchtende Pfad“ terrorisiert ganze Landstriche. Weil erst alles zusammenbrechen muß, bis etwas Neues entstehen kann. Die gerechte Gesellschaft...

Santiago de Chile. Ein Stadt nach dem Gusto eines Europäers, Linden und Palmen in großer Eintracht nebeneinander. Das Land scheint nach den Jahren der Diktatur seinen Frieden gefunden zu haben. In den Tälern wachsen Trauben für einen guten Tropfen und Apfel für europäische und nordamerikanische Käufer, Blumen für Wohnzimmer in Übersee. Alles gedeiht prächtig, die Produkte entsprechen selbstverständlich den Normen unserer Gesundheitsprüfer. Wie die Pracht heranwächst, geht niemand was an. Doch die Arbeiterinnen der Plantagen bringen unverhältnismäßig viele mißgebildete Kinder zur Welt, die Fehlgeburtenrate ist hoch. Erkranken infolge von Pestizit- und Herbizitanwendungen sind an der Tagesordnung, die Auflagen für die Gesundheit der Produzenten überwacht niemand.

Seit vier Wochen sind die ersten gewählten Bürgermeister in Amt

und Würden. Wir lernen einen jungen vielbeschäftigten Mann und seine Mannschaft kennen. Wir wollen wissen, wie funktioniert Demokratie in Chile. Doch fast überfordern wir unsere Gastgeber, denn so ganz richtig wissen sie es auch noch nicht.

Das andere Thema: wie lebt Chile mit seiner Vergangenheit? In allen Ebenen arbeiten die Männer Pinochets weiter. Demokratie in Chile heißt Einsicht in das Machbare. Solange der Diktator von gestern noch Oberbefehlshaber des Heeres ist, solange Militärgerichte Recht sprechen, solange ist das Eis dünn, auf dem man geht in Chile.

„Sagt draußen, was hier los ist.“ So die Bitte der Redakteure der Zeitung La Nation. Gegen sie läuft ein Verfahren wegen der Berichterstattung über eine Abhöraffaire, in die ein hoher Offizier verwickelt ist. Der Militär ist ein gefürchteter Folterer gewesen. Das ist in Chile bis heute kein Grund zur Verantwortung gezogen zu werden.

Die sterblichen Überreste von Orlando Letelier, dem Außenminister der Regierung Allende, wurden Anfang November 1992 in Santiago beigesetzt. Er fiel vor Jahren in New York einem Bombenattentat zum Opfer. Es ist erwiesen, daß Männer Pinochets den Anschlag verübten, ungesühnt bis heute. Die Menschenmenge skandiert: Wir fordern Gerechtigkeit...

„Wir haben nichts zu bereuen!“ Solchen Satz kann ein Staatspräsident in Lateinamerika beruhigt im Munde führen. Für die weißen Nachfahren der Spanier ist die Geschichte der letzten 500 Jahre ausgesprochen erfolgreich verlaufen, besonders für die Familien, die zu den Oligarchien der Länder gehören. Die Abkömmlinge der



Aufschwung Peru, vorbei

Inkas, der Sklaven, des Vielvölkergemischs denken darüber anders.

Am 12. Oktober, dem Tag, da Columbus einst seinen Fuß auf die Neue Welt setzte, haben Indichinas einige wichtige Straßenkreuzungen blockiert, eine kleine Weile stockte der Verkehr. - Eine indianische Friedensnobelpreisträgerin, das war der Tribut des Abendlandes an die damals entdeckten Wilden. Schon haben wir das Ereignis wieder vergessen.

Regine Marquardt



Eine tropische Metropole, Guayaquil

jämmerlich scheiterte, am Präsidentenpalast sind die Einschüßelcher der Putschisten noch zu sehen, doch dürfte das nicht der letzte Versuch sein, denn das gehört zu den Szenarien. Eine Variante könnte ein Putsch unter Anführung des Präsidenten selbst sein. So in Lima praktiziert.



Hoffnung hinter dem Horizont?

Fotos: rrr

Bildung/Soziales

Ostlöhne:

Warum nicht Lohnzuschüsse?

Nun haben auch die „Fünf Weisen“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) der Bundesregierung bescheinigt, was andere bereits vorher behaupteten: 1993 wird das wirtschaftspolitisch schwierigste Jahr seit 1982. Und: Sie fordern eine „umfassende Revision der Staats-tätigkeit“ sowie eine „überzeugende Konsolidierungskonzeption“, also die längst überfällige Neuordnung der Staatsfinanzen. Aber: Der Sachverständigenrat wünscht gleichfalls - wie vorher viele liberal-konservative Politiker und Arbeitgeberverbände - eine Wende in der Tarifpolitik angesichts des bevorstehenden tiefen Konjunkturtals.

Vor allem befürchtet er, daß in Ostdeutschland durch eine rasche Angleichung der Löhne an das West-Lohnniveau weitere Arbeitsplätze und Betriebe in Gefahr geraten könnten. Daß sich darüber streiten läßt - aus gegensätzlicher Sicht und auf unter-

schiedlicher Zahlenbasis -, ist allen Sachverständigen bekannt. Selbst die „Fünf Weisen“ schränken in ihrem Gutachten diese eigene Wunschvorstellung u.a. dadurch ein, daß sie - wohl begründet - gleichzeitig feststellen, daß „der statistische Indikator Lohnstückkosten für Ostdeutschland auch weiterhin nur begrenzt aussagefähig“ ist. Dabei werden übrigens sehr oft auch zwei wesentliche wirtschaftspolitische Fakten übersehen: Einerseits die Tatsache, daß Lohnminderungen einen Auftragsmangel nicht ersetzen können. Andererseits die Tatsache, daß der Übersiedlerstrom von Ost nach West eher von der Arbeitslosigkeit als von Lohnunterschieden angetrieben wird. Wer die Finanzlasten der Unternehmen in Ostdeutschland begrenzen will und dabei an die Löhne denkt, der muß überlegen, ob nicht ein unkonventioneller Weg dabei sinnvoller ist: Es gibt Wirtschaftsexperten, die angeregt haben, in Ostdeutschland zeitwei-

se das Lohnneinkommen und die Lohnkosten zu entkoppeln. Das Instrument dafür wären Lohnzuschüsse. Sie würden dort, wo es auf längere Sicht Sinn macht, die Beschäftigung erhalten, den Anreiz zur Übersiedlung verhindern und die öffentlichen Kassen entlasten.

Ein Arbeitsloser kostet alles in allem etwa 80 Prozent seines Lohnes. Wenn man ihn mit 30 Prozent Zuschuß an den Betrieb in Arbeit halten kann, werden demnach etwa 50 Prozent der Arbeitslosenkosten eingespart. Diese Rechnung dürfte insgesamt noch günstigere Ergebnisse bringen, wenn man dabei gleichfalls an die Treuhandverluste bei Betriebsstillegungen und an durch Arbeitslosigkeit verlorengelassene Steuern und Sozialbeiträge denkt. Wäre dies nicht ein bedenkenswerter Schritt auf dem Weg zum bislang noch völlig unklaren Solidarpakt?

Helmut Kater

Haustürgeschäfte

Bei Haustürgeschäften besteht kein Widerrufsrecht, wenn der Vertreter vom eventuellen Käufer selbst bestellt wurde, die Ware oder Dienstleistung sofort ausgehändigt und weniger als 80 DM dafür bezahlt wurde. Ein Widerrufsrecht beim Haustürkauf besteht auch dann nicht, wenn der Vertrag von einem Notar beurkundet wurde oder es sich um einen Versicherungsvertrag handelt. Schwierigkeiten gibt es auch, wenn der Vertragspartner eine Privatperson ist, die beispielsweise ein gebrauchtes Möbelstück abkauft.

Wohngeld

Wohngeld erhalten nicht nur Mieter, sondern auch Eigentümer von Eigenheimen, oder Eigentumswohnungen, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen. Das hängt von der Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder, der Höhe des Familieneinkommens und der Höhe der zuschufähigen Miete bzw. Belastung ab. Wohngeld wird für Mieter von Wohnungen als Mietzuschuß, für Bewohner von Eigenwohnraum als Lastenzuschuß gewährt. Die Anträge sind bei den Wohngeldstellen in der Gemeinde oder Stadt zu stellen.

M-V aussterbend

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1992 kamen in Mecklenburg-Vorpommern auf 920 Lebendgeborene 1 740 Sterbefälle. Der Einfluß des Geburtenrückgangs und des damit einhergehenden Anstiegs des „Gestorbenenüberschusses“ auf die Entwicklung des Bevölkerungsstandes gewinnt damit immer mehr an Bedeutung.

Der Bevölkerungsrückgang im Land ist 1990 ausschließlich und 1991 zu mehr als drei Viertel aus dem Wanderungsverlust zurückzuführen. So die Mitteilung des Statistischen Landesamtes.

Süßer die Glocken nie klingen

Es gab Zeiten, in denen die Turmuhr einer Kirche oder eines Rathauses der einzige allen zugängliche Zeitmesser war. Diese Uhren waren daher so ausgestattet, daß sie über ein Schlagwerk die Viertelstunden auch akustisch anzeigten. Auf diese Art und Weise wußte jeder Anwohner im wahrsten Sinne des Wortes jederzeit, was die Glocke geschlagen hatte. Im Zeitalter der Armbanduhr und Reisewecker mag diese sinnvolle Nutzung der Turmuhr in den Hintergrund treten. Wer jedoch beispielsweise in Lübeck oder Flensburg in der Nähe einer solchen Turmuhr einmal gelebt hat, weiß, daß sie sehr wohl weiter eine Richtschnur ist in der Unterteilung des Tagesablaufes. Naturgemäß muß ein solches kurzes Glockenläuten mit einer gewissen Lautstärke geschehen, damit es jeder hören kann. Bedauerlicherweise muß es dann aber auch jeder hören, und damit wird dies zu einem Fall des Immissionsrechtes. Das Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) beschäftigt sich nämlich mit dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen u.ä. Vorgängen.

In den grundsätzlichen Definitionen, § 3 BImSchG, wird zunächst einmal Klarheit geschaffen: Immissionen sind Luftverunreinigungen, die auf Menschen, Tiere, Pflanzen oder andere Sachen einwirken, Geräusche, Erschütterungen, Licht u.ä. Einwirkungen. Emissionen hingegen sind von einer Anlage ausgehende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht u.ä. Erscheinungen. Schließlich wird auch noch die Luftverunreinigung definiert als Veränderung

der natürlichen Zusammensetzung der Luft, insbesondere durch Rauch, Ruß, Staub, Gase, Aerosole, Dämpfe oder Geruchsstoffe.

Im konkreten Fall hatte die Stadt Saarlouis gegen eine Kirchengemeinde verfügt, den Geräuschpegel der Glockenschläge des

nächtlichen Glockenläutens dann bestehen, wenn beispielsweise ein über die Grenzen des Ortes bekanntes Geläut oder eine spezifische Prägung der Gemeinde durch die Kirche ein Duldungsrecht begründen, welches die Nachbarschaft zu achten hat.

Schließlich nimmt das Bundesverwaltungsgericht auch noch auf einen Nervenfacharzt Bezug, der in einem Gutachten einer Anwohnerin Einschlafbeschwerden durch den Glockenschlag attestiert hatte. Diese Dame ist zwar mittlerweile verstorben, das ist jedoch für Verwaltungsrechtler kein Grund, eine Verfügung, die rechtmäßig ergangen ist, wieder zurückzunehmen.

An diesem Beispiel mag erkennbar sein, daß Immissionschutz keinen Unterschied macht zwischen den Erzeugern einer Belästigung. Eine weitere Erkenntnis sollte jedoch auf alle Fälle für gestreifte Zeitgenossen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Az: 7 C 25/91) gezogen werden. Das Bundesverwaltungsgericht geht nämlich grundsätzlich davon aus, daß Behörden nicht zum Einschreiten gezwungen sind, solange die Anwohner das überlaute Geräusch hinnehmen. Wer also tatsächlich gegen Geräuschbelästigungen des nachts etwas hat, muß selbst aktiv werden. Einmal inganggesetzt, sind die Behörden dann jedoch mit Hilfe der gesetzlichen Vorschriften regelmäßig in der Lage, der Belästigung Einhalt zu bieten.

Nur zur Klarstellung sei noch angefügt, daß sich die Entscheidung nicht auf das Gottesdienstläuten sondern lediglich auf den Stundenschlag bezog.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

Von
Rechts
wegen

nachts auf 60 Dezibel abzusinken oder - wenn dies nicht gelänge - die Kirchenglocken von 22.00 bis 6.00 Uhr abzustellen. Ausgegangen war die Stadt dabei von tatsächlich 70 bis 72 Dezibel bei Anspringen des Schlagwerkes. Für Wohngebiete, in der die Kirche stand, war nachts ein Richtwert von 40 Dezibel maßgeblich. Zunächst einmal wird die Kirchturmuhren als nichtgenehmigungspflichtige Anlage im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes einzuordnen sein. Nichtgenehmigungspflichtige Anlagen sind gemäß § 22 BImSchG so zu betreiben, daß nach dem Stande der Technik vermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte lediglich abzuwägen zwischen dem Schutz eines Wohngebietes vor einem Geräuschpegel, der 60 Dezibel übertraf, einerseits und andererseits der „traditionellen Präsenz“ der Kirche. Ausnahmsweise soll eine Duldungspflicht der Nachbarschaft gegenüber einem auch

Wir sind immer für Sie da!

nordkurier

Neubrandenburg • Woldegker Straße 27
Tel. 58 50 • Fax 58 53 34



Wirtschaft

Immergut-Milch in allen Tassen

Auf dem Flur zwischen den Büros der Molkerei in Stavenhagen hängen an der Wand nagelneue Werbeplakate. Auf einem davon strahlt eine ältere Dame mit einer Tasse in der Hand: „So schmeckt mir der Kaffee ganz wie früher - Immergut. Flaschen-Kondensmilch aus Mecklenburg in drei feinen Qualitäten.“ Das Plakat nutzt den bekannten Namen der Kondensmilch und die am Markt spürbare Rückbesinnung ostdeutscher Bürger auf Produkte aus der heimatischen Region. Die Milchmarke „Immergut“ gab es seit 1935. Zur Zeit der DDR war sie fast in jedem Haushalt vertreten.

„Wir tun alles, um den Absatz der Produkte, das Marketing, in Ordnung zu bringen“, sagt der neue Unternehmenschef Klaus Weise, 39 Jahre alt, Diplomingenieur und ostdeutscher Molkereifachmann. Er hatte nach der Währungsunion schon dem ehemaligen VEB Milchhof Waren unter dem neuen Namen „Müritz-Milch“ zu Erfolgen verholfen.

Die nicht mehr benötigten Drahtkörbe für den Transport der in Glasflaschen abgefüllten Kondensmilch stapelten sich vor dem Eingang der schon 1883 gegründeten Molkerei zu hohen Halden - der Absatz war nach der Währungsunion zusammengebrochen. Nun sind die Flaschenkörbe alle verschrottet.

Die Treuhandanstalt erwog, den Betrieb zu schließen. Doch Klaus Weise wurde Geschäftsführer und bereitete die Umstellung vor. Er verpfändete sein eigenes Grundstück, um sich Kapital zu verschaffen und übernahm das Unternehmen im Wege eines Management Buy Out (MBO). Ein Teil der Mitarbeiter, die schon bei der Sanie-

rung der Molkerei in Waren mit ihm zusammengearbeitet hatten, ist ihm nach Stavenhagen gefolgt.

In zehn Wochen ist der alte Betrieb von Grund auf umgestaltet worden, nicht zuletzt von den überall bei den Umbauarbeiten mit eingesetzten 40 Arbeitskräften der Molkerei. „Das ist nun ein Betrieb, der mithalten kann“, meint Produktionsleiterin Heidi Radlach.

In den Hallen sind die früher an der Innenseite der Mauern verlegten Regenrinnen herausgerissen und an die neue Dachkante nach außen verlegt worden. Sie waren undicht und beim Inkrafttreten der EG-Richtlinien im kommenden Jahr für einen Lebensmittelbetrieb ohnehin nicht mehr zulässig. Verschunden sind auch die Bündel von Rohrleitungen hoch oben an den Wänden der drei Hallen, in denen Produktion und Lager konzentriert werden sollen. Es waren Schmutz- und Staubbänger.

Die Fernwärmeversorgung mit einer 1,3 Kilometer langen Hochleitung - und erheblichen Energieverlusten - ist verschwunden. Ein eigenes Heizwerk auf Ölbasis spart ebenso Kosten wie die Erweiterung der Verarbeitungsanlage mit einem vierten Verdampfer für die Milch.

In Eigenarbeit der Molkerei-Beliegschaft sind fast alle Maschinen demontiert, überholt und neu gestrichen worden. Hinter den beiden Sterilisationstürmen in der Produktionshalle steht nun eine moderne Tray-Packer Maschine. Sie erledigt die Verpackung von jeweils 24 Flaschen mit 200 Gramm Kondensmilch oder 250 Gramm Schulmilch auf einer Palette aus Pappe. Damit ist die Leistungsfähigkeit der gesamten Anlage von bisher höchstens 10 000 auf 30 000



Weihnachtsoffensive: Um mit voller Kraft ins diesjährige Weihnachtsgeschäft einzusteigen, scheint es nie zu früh zu sein: Schon Wochen vor Heiligabend geht es los ... Regal- und palettenweise wird das gesamte adventliche Produktangebot - Kerzen, Lametta, Rauschgoldengel, Tannenbaumständer - präsentiert. Was fehlt ist eigentlich nur noch Weihnachten. Foto: amw

Flaschen je Stunde gesteigert worden.

Geändert wurden auch die Form der bisher flachen Papp-Paletten. Nun sind es halbhohle Kartons, an denen die Ecken jeweils bis zum Verschluss der Flaschen hochreichen. Damit werden die Kartons auch besser stapelbar. Das ist wichtig, denn der neue Molkereichef will in Zukunft das Leergut in den Kartons wieder zurücknehmen.

„Der Umwelt zuliebe muß man mit gutem Beispiel vorangehen“, heißt ein Werbespruch im mecklenburgischen Stavenhagen. Klaus Weise rechnet damit, daß jede Flasche etwa fünfmal neu gefüllt werden kann, ehe sie beschädigt ist oder vom Kunden nicht mehr zurückkommt. „Milch in Glasflaschen hat eine Zukunft“, ist sich der Chef der Molkerei in Stavenhagen sicher. „Und wir haben jetzt Erzeugnisse, die nicht nur von der

Qualität, sondern auch von der Kostenstruktur her wettbewerbsfähig sind.“

Nicht nur die bisherige Produktion soll soweit vergrößert werden, daß wieder sechzig Menschen bei „Immergut“ Beschäftigung finden. Weise will die Herstellung von Feinkostartikeln in das Sortiment aufnehmen. Mit einem bekannten Steakhaus hat er über die Lieferung von drei verschiedenen Dressings gesprochen. Auch diese Saucen sollen in Flaschen abgefüllt geliefert werden.

„Einsparungen erzielt man nicht nur, indem man das Personal einschränkt, sondern auch indem man die Anlagen auslastet“, ist der Grundgedanke hinter Weises Plänen für die Produktionserweiterung.

Zwanzig neue Arbeitsplätze könnten daraus entstehen. „Es gibt ja auch einen sozialen Sinn des Betriebs und nicht nur das Geschäft.“

Schnaps im Aufwind: Na denn Prost!

Der deutsche Osten mag wirtschaftlich noch so sehr niedergehen, den Schnapsbrennereien kann's egal sein: Hier herrscht noch und immer wieder passable Konjunktur. Wer auf der steten Suche nach heimischen Produkten durch die Supermärkte schweift, wird, wenn schon sonst nirgends, immerhin am Spirituosen-Regal fündig, - da steh'n sie aufgereiht, die altvertrauten Produkte, die Braunen und Weißen, harrend der steigenden Zahl verzagter oder trotziger, jedenfalls aber durstiger Erleichterungstrinker. Ja, es wird viel getrunken hierzulande, genug jedenfalls, um trotz allen Verdrängungswettbewerbs auch den heimischen Destillen noch ein Einkommen zu sichern.

schwang mit allen Schikanen niedergeworfenen Küstenregion hat man Zeichen gesetzt, indem mit Conrad-Michael Lehment ein veritabler Abkömmling einer alteingesessenen Schnapsbrenner-Familie zum Wirtschaftsminister des Landes gemacht wurde, - sozusagen der fleischgewordene Trend der Gesamtkonomie als deren oberster politischer Sachwalter. Aber auch andernorts erweist sich, daß die einheimischen Hochprozentigen um einen eben solchen Marktanteil wo immer in der Welt notfalls sogar mit Phantasie kämpfen: So ist jetzt die Kunde vom neuerlich guten Gang der Dinge bei der schon verlorengeglauten Magdeburger Schnapsfabrik Abtshof GmbH zu uns gedrungen: Im Bemühen um auswärtige Investoren stieß man auf den in Polen beheimateten Destillen-Besitzer Gideon Nissenbaum; der will nun auch in Magdeburg koscheren Schnaps für die jüdische Welt brennen, - ein Rabbi hat bereits attestiert, daß das Abtshofer Schnaps-Wasser direkt aus der Quelle geschöpft wird und damit die Grundbedingung zum koschersein erfüllt.

Lediglich in Getränke-Sparten, in denen westdeutsche Branchenriesen nichts neben sich dulden, sind die einheimischen Marken wie vom Erdboden oder sonstwem verschluckt; so ist ein Gewährsmann der Redaktion neuerlich stundenlang durch Schweriner Geschäfte geirrt auf der Suche nach einer Vierkant-Flasche „Klosterbruder“, jenes vordem in allen Lebenslagen gerechten Magenbitter, der sich auf dem Acker des gleichen Zupruchs erfreute wie zwischendurch im Frauenruhheraum. Schließlich hat er ihn in einer rauchigen Tabakwarenhandlung gefunden und bekam ihn vom Besitzer mit dem gerauten Kompliment überreicht: „Du, das ist gut, daß Du den kaufst“. Fraglich bleibt allerdings, ob der „Klosterbruder“ mit solchen Einzelaktionen zu retten sein wird.

Gut dem Dinge, möchte man mit Vater Kempowski rufen, wenigstens eine positive Botschaft aus den neuen Ländern in die jüdischen Haushalte hier und überall, - wortlos und wohlthuend.

Bestünde die ostdeutsche Wirtschaft nur aus ihrem alkoholverarbeitendem Teil, sie wäre schon so gut wie gerettet. Aber womöglich bleibt ja ohnehin nicht viel mehr von ihr übrig.

Besonders in unserer vom Ab-

m. w.

Baby-LAND MECKLENBURG

Der große Babyausstatter auf 700 m² Betriebsfläche

- Großes Spielwareangebot für Kleinkinder
- Schaukelpferd 99,90 DM
- Dreirad 31,90 DM und vieles mehr
- Martan-Kinderwagen 249,90 DM
- Breite Auswahl Autokindersitze

Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch
Mo.-Fr., 9-18.30 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus

Urlaub in Portugal-Westalgarve

Ferienwohnungen für 2-5 Personen ganzjährig zu vermieten.

Birgit Herbers · Dieter Lorenz
8670 Aljezur
Tel. 00 351 8 29 84 59

Anfragen schriftlich an:
Mecklenburger Aufbruch Anzeigenannahme
Puschkinstraße 19
O-2750 Schwerin

R. B. M. — Ihr Partner für ...

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

RBM
Recycling- und Baustoffcenter Mecklenburg GmbH

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

- Betonbruchschother
- Güteüberwachte MV-Schlacke
- Kabelverlegesand
- Mutterboden
- Beton- und Straßenaufbruch
- nicht verunreinigten Bauschutt
- unbelasteten Boden.

Haben Sie Entsorgungsprobleme? Rufen Sie uns an!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

Die gesetzliche Rentenversicherung der Angestellten

Auskunfts- und Beratungsstelle der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

► **Neue Anschrift:**
Schmiedestraße 10-12
(Ecke Buschstraße)
Schwerin
☎ (0385) 86 58 89

- Auskunft und Beratung
- Anträge
- Renten
- Kuren

Wir sind schon vor der Rente für Sie da:

Montag - Mittwoch	8.00 - 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 - 18.00 Uhr
Freitag	8.00 - 13.00 Uhr

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin

Suchen für unsere Kinder altes DDR-Angelspiel (Magnetangeln + Pappaquarium), bitte melden bei Nikolaisen, Tel. 03886 / 29 34

Plattensee
Ferienhäuser
Tel.: 0049 / 95 63 / 14 36

Hamburger Kaufmann sucht alte Mühle, Seegrundstücke und Mietshäuser.
Tel. HH 39 26 39
Uwe Terlitschke, HH 50, Planckstraße 11

Wer gibt Nachhilfeunterricht in Russisch, Englisch und Mathematik?
Tel. SN 21 49 52

Wer verschenkt altes Kneipenmobiliar? Bin Student.
Chiffre 35 F

Wissenschaftliche Vorhersageanalyse? Für uns kein Problem! Horoskop ab 15 DIN A 4-Seiten.
Info unter Keck / Dittrich, PF 1129 - W-2117 Tostedt

SUZUKI

Abb.: SJ Samurai de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.
Abb.: Swift 1,6 GLX.
Abb.: Swift 1,0 GL und Suzuki-Original-Zubehör.
Abb.: Vitaro de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Steigen Sie ein ins Vergnügen, steigen Sie ein in die Suzuki-Modelle, dann kann die Schau losgehen. Im SJ Samurai de Luxe, 1,3l, 51 kW (70 PS), Injection, mit zuschaltbarem Allradantrieb. Im großzügigen Swift 1,6 GLX, 68 kW (93 PS), 16 Ventile. Im Swift 1,0 GL, 39 kW (53 PS), oder im eleganten Vitaro de Luxe, Cabrio, 1,6l, 59 kW (80 PS), mit zuschaltbarem Allradantrieb. Also, nichts wie hin und hereinspaziert bei Ihrem Suzuki-Vertragshändler.

Suzuki. Anders als alle anderen.

* Außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten nur Besichtigung, keine Beratung, keine Probefahrt, kein Verkauf.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Arnold Schulz
SUZUKI-Vertragshändler

O-2796 Schwerin-Zippendorf
Einfahrt Lindawerk
Am Hang 7
Telefon 21 32 16

Kultur

Für die Kultur kein Ministerium

Das große Sorgenkind: Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Wenngleich in unserer heutigen Situation die Übernahme kulturpolitischer Verantwortung ein besonders schwieriges Aufgabenfeld darstellt - ist doch Einklang zwischen kulturpolitisch sinnvoller und fiskalisch verantwortbarer Strukturierung herzustellen - darf doch verlangt und erwartet werden, daß ein zuständiges Ministerium und sein(e) Minister(in) sich der Aufgabe stellen.

Theater und Orchester im Lande bleiben schlecht beraten mit dem Versuch der Landesregierung, die Verantwortung und finanzielle Last den Kommunen überzubehalten. In Mecklenburg-Vorpommern gäbe es wohl schon kein Theater oder Orchester mehr, wären nicht die rettenden Übergangsfinanzierungen aus Bonn geflossen. Die Feigenblattschuppen aus dem Landeshaushalt hätten diese Rettung nicht vermocht. Die Kommunen, die seit 1990 mühselig und unter enormem Aufwand ihre Theater und Orchester mit den lebenserhaltenden Bonner Finanzhilfen erhielten, waren redlich bemüht, mit dem Land eine langfristige und damit planbare finanzielle Beteiligung zu erwirken. Als kurios darf dabei festgehalten werden, daß das Land sich zwar mit Händen und Füßen dagegen wehrt, Orchester- und Theaterbetriebe in seine Verantwortung zurückzuübernehmen, auf die Immobilien allerdings Wert legt. So wurden z.B. die Immobilien des Mecklenburgischen Staatstheaters beantragt und in das Eigentum des Landes rückübertragen. Den Theaterbetrieb mit seinen gut 400 Beschäftigten übernahm man dabei nicht.

Auch wenn es im letzten Jahr für das eine oder andere Theater auf unbestimmte Zeit erhebliche Ko-

stenübernahmen (z.B. in Neutritz) durch das Land gab, und somit Schließungen zumindest für den Moment abgewendet waren, hatten andere das nachsehen. So mußte sogar ein bekanntes Orchester, die Schweriner Philharmonie, aufgelöst werden.

Öffentlich gab sich die Landesregierung an der Auflösung schuldlos, zwang aber die Stadt in die fiskalisch unumgängliche Kündigung des regional aktiven Orchesters, indem man finanziell feste Beteiligung nicht zusagen wollte. Parteipolitische Überlegungen blieben hierbei leider nicht unberührt.

Natürlich, das Geld ist nicht nur in den Kommunen knapp. Und über Geld wird und muß auch im Zusammenhang mit Kultur gesprochen werden. Strukturen müssen überdacht werden.

Aber wie sollen denn alle die guten Gedanken, die man sich vor Ort macht und gemacht hat, und die allesamt an einer beteiligten Landesverantwortung nicht vorbei kommen, Wirklichkeit werden, wenn sich die Kultusministerin hinstellt und ernsthaft meint, sie wäre bloß zum Moderieren hier? Welches Verständnis hat sie von ihrer Arbeit, ihrer Verantwortung? Einen Moderator brauchen wir an dieser Stelle kaum, schon garnicht für ein Ministergehalt. Das wenige Geld darf doch nicht zufällig und unüberlegt mal hierhin, mal dahin fallen.

Auf Initiative der SPD-Fraktion des Landtages wurde die Kultusministerin vom Parlament dann nach der Sommerpause in diesem Jahr verpflichtet, ein Theater- und Orchesterstrukturpapier bis Ende Oktober dem Landtag vorzulegen. Noch liegt dieses Papier nicht vor. Der Kulturausschuß des Landtages

lud im September die Intendanten und Kulturdezernenten der Kommunen ein und machte die Arbeit die Ministerin Steffie Schnoor hätte tun müssen. Jedoch wurde das sicher gutgemeinte Hearing zu einem peinlichen Eklat, war die Unwissenheit der Mitglieder des Kulturausschusses doch so groß, daß man ernsthaft fragen mußte, womit sie sich eigentlich beschäftigen.

Frau Schnoor gab ein Gutachten in Auftrag. Maßgabe: 'Spart was das Zeug hält - koste es was es wolle.'

So sah es dann auch aus: Kulturpolitischer Nonsens, Beleidigendes an engagierte Künstler. Zitat: „Die Ballettvorstellungen sind erklärtermaßen ohnehin primär ein Mittel, die Ballettkompanie zu beschäftigen und nicht qualitative Notwendigkeit.“ Besonders hart hätte die Umsetzung dieses Gutachtens die Theater in Rostock und Schwerin und die sogenannten Besspieltheater (Bühnen ohne eigenes Ensemble) getroffen. Danach sollten die beiden Theaterorchester fusioniert, aus den beiden Theaterchören ein Chor von 40 Sängern gemacht und die beiden großen Ballette auf ein Ensemble mit 18 Tänzern reduziert werden. Dieses alles sollte zusammen eine Musiktheater GmbH ergeben. Solisten für die jeweiligen Veranstaltungen sollten frei verpflichtet werden. Dieses Paket heißt: In Rostock und Schwerin die gleichen Inszenierungen. Dazu einen enormen Reiseaufwand nicht nur für die Künstler, sondern auch ein sehr teurer Transport der Requisiten. Die Musiktheater GmbH sollte vom Lande finanziert werden. Die jeweiligen Theater bleiben in kommunaler Verantwortung und halten an bührentechnischem Personal alles, was für die Aufführung von Opern gebraucht wird - kostenlos für die

Musiktheater GmbH, versteht sich. Weiter finanzieren, nach dem Gutachten, die Kommunen das Schauspiel an ihren Häusern. Die Theaterwerkstätten würden von Rostock und Schwerin gemeinsam finanziert und einen neuen Standort zwischen den beiden Städten bekommen, um die Transportwege zu verkürzen.

In diesem Stil sind etwa 50 Seiten unschuldigen Papiers bedruckt. Den Theaterbesuchern und -Beschäftigten ist es zu verdanken, daß dieses Konzept nicht verwirklicht wird. Schnell und eindeutig haben sich alle gegen das Konzept ausgesprochen und einen hohen und erfolgreichen Druck auf das Kultusministerium ausgeübt. Weiter so, Zivilcourage kann eben doch was bewirken.

Doch wie nun notwendigerweise so strukturiert werden soll, daß nicht zuletzt auch gespart wird, bleibt offen. Eine zweite, pardon, Schweinerei aus dem Gutachten ist noch nicht vom Tisch: der sogenannte Kooperationsfond. Er trifft für die Besspieltheater zu. Das Land richtet dabei einen Fond, geplante Höhe 1,5 Mio DM, ein. Die Besspieltheater, nach Gutachtervorstellung Wismar, Güstrow oder Parchim, Putbus und anteilig das Kammertheater Neubrandenburg, müssen für Veranstaltungen, die sie auf dem freien Markt engagieren, Anträge auf Finanzierungsübernahme aus dem Kooperationsfond stellen. Damit entscheidet nicht das Theater sondern der Staat über den Spielplan. Das hatten wir schon öfter in Deutschland! Es riecht nach Zensur!

Geldmangel rechtfertigt nicht, die Kunst an Ketten zu legen. Das war doch nicht Ziel unserer Überlegungen, oder?

Christian Petersen

Auf dem Weg zur Moderne

Am 20. November vor 85 Jahren starb die Malerin Paula Modersohn-Becker

brachten schildert, anmutig, lebendig, begabt mit großer Zärtlichkeit. Ihre später veröffentlichten Briefe und Tagebücher lassen uns etwas vom Zauber und der Tiefe ihrer Persönlichkeit ahnen, wären



da nicht schon ihre Bilder, die richtungsweisend für die Moderne des 20. Jahrhunderts wurden.

Bereits während ihrer Berliner

Studienzeit zeichnet Paula Becker Tagelöhner, Feld- und Moorarbeiter, Bettler und Gefängnisinsassen. Das wird auch später so bleiben. Nicht in der Glätte des Angesichts, sondern in seinen Furchen und Schründen entdeckt die Malerin die Schönheit des menschlichen Antlitzes. 1899 schreibt sie an die wohlhabenden Eltern, die erst nach absolviertem Pädagogikstudium die Erlaubnis zur Ausbildung ihrer künstlerischen Talente geben: „Ich erlebe jetzt eine seltsame Zeit. Vielleicht die ernsteste meines kurzen Lebens. Ich sehe, daß meine Ziele sich mehr und mehr von den Euren entfernen werden, daß Ihr sie weniger und weniger billigen werdet. Und trotz alledem muß ich ihnen folgen. Ich fühle, daß alle Menschen sich an mir erschrecken, und doch muß ich weiter.“

Ihr Streben nach der eigenen künstlerischen Entwicklung führt

zu Konflikten in ihrer Ehe mit Otto Modersohn. Sie flieht aus der als Enge empfundenen Künstlerkolonie nach Paris, wo sie neue, prägende Eindrücke durch van Gogh, Cezanne und Gauguin empfängt. Sie arbeitet fieberhaft, immer ahnend, daß ihr nur kurze Zeit gegeben ist.

„Ich habe so den festen Willen und Wunsch, etwas aus mir zu machen, was das Sonnenlicht nicht zu scheuen braucht und selbst ein wenig strahlen soll“, schreibt sie, der es unmöglich ist, sich wie ihre Freundin Clara Westhoff ganz einem Manne unterzuordnen. „Ihre Seele in güldene Ketten zu schlagen“. „Wachsen ist ja das Allerschönste auf dieser Erde“, schreibt sie an Otto Modersohn.

„In Einfachheit groß werden“, war ihr Ziel. Nur ein Jahrzehnt bleibt ihr für das künstlerische Reifen. Gemeinsam mit der Künst-

Hans Magnus Enzensberger

Lied von denen auf die alles zutrifft und die alles schon wissen

Daß etwas getan werden muß und zwar sofort das wissen wir schon daß es aber noch zu früh ist um etwas zu tun daß es aber zu spät ist um noch etwas zu tun das wissen wir schon

und daß es uns gut geht und daß es so weiter geht und daß es keinen Zweck hat das wissen wir schon

und daß wir schuld sind und daß wir nichts dafür können daß wir schuld sind und daß wir daran schuld sind daß wir nichts dafür können und daß es uns reicht das wissen wir schon

und daß es vielleicht besser wäre die Fresse zu halten und daß wir die Fresse nicht halten werden das wissen wir schon das wissen wir schon

und daß wir niemand helfen können und daß uns niemand helfen kann das wissen wir schon

und daß wir begabt sind und daß wir die Wahl haben zwischen nichts und wieder nichts und daß wir dieses Problem gründlich analysieren müssen und daß wir zwei Stück Zucker in den Tee tun das wissen wir schon

und daß wir gegen die Unterdrückung sind und daß die Zigaretten teurer werden das wissen wir schon

und daß wir es jedesmal kommen sehen und daß wir jedesmal recht behalten werden und daß daraus nichts folgt das wissen wir schon

und daß das alles wahr ist das wissen wir schon

und daß das alles gelogen ist das wissen wir schon

und daß das alles ist das wissen wir schon

und daß Überstehn nicht alles ist sondern gar nichts das wissen wir schon

und daß wir es überstehn das wissen wir schon

und daß das alles nicht neu ist und daß das Leben schön ist das wissen wir schon das wissen wir schon

und daß wir das schon wissen das wissen wir schon

H.M. Enzensberger, Gedichte 1950-1985, suhrkamp taschenbuch 1360

lerkolonie Worpswede, die 1895 erste Werke im Münchener Glaspalast ausstellte, hatte Paula Modersohn-Becker einen ersten sensationellen Erfolg errungen. Doch erst nach ihrem frühen Tod - sie stirbt, gerade 31jährig, am 20. November 1907 nach der Geburt ihrer Tochter an einer Embolie - werden ihre Bilder wieder mit Erfolg ausgestellt. 1927 stiftet die Stadt Bremen ihr sogar ein eigenes Museum. Den Nationalsozialisten war es vorbehalten, auch die Werke dieser Künstlerin, die zu den bedeutendsten Malerinnen ihrer Zeit gehörte, für entartet zu erklären. Erst nach 1945 fand die Malerin wieder die verdiente Würdigung. „Denn das verstandest du: die vollen Früchte“, hat Rilke der Freundin in einem Requiem nachgerufen.

Dorothee Trapp

Ich abonniere den Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____

Der Preis schließt die Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Zahlungsweise:	<input type="checkbox"/> Ich wähle das Abo für	25,- DM	50,- DM
	<input type="checkbox"/> Ich wähle das Förder-Abo für	40,- DM	80,- DM
	<input type="checkbox"/> Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für	100,- DM	200,- DM
	<input type="checkbox"/> Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).		
	<input type="checkbox"/> Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.		

* Wir streben an, sobald als möglich, wieder wöchentlich zu erscheinen, ab dann gilt die zweite Rubrik.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
Bankinstitut _____
Name/Unterschrift _____
Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.
Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Mit Ihnen geht es weiter!

Auf unseren Aufruf, neue Leser zu gewinnen, haben erfreulicherweise sehr viele reagiert.

Dafür unser Dank!

Dennoch: Unterstützen Sie den Mecklenburger Aufbruch!

Werben Sie neue Abonnenten!

Die Redaktion

Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10 DM incl. Versand

Ich möchte den Mecklenburger Aufbruch 10mal geliefert bekommen.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

- Gewünschte Zahlungsweise:
- Ich lege 10 DM in Briefmarken bei.
 - Ich lege 10 DM in bar bei.
 - Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10 DM bei.

Name/Unterschrift _____

Das Abo endet nach einem Vierteljahr, sollte von Ihnen keine Abbestellung bei uns vorliegen, geht Ihr Abonnement automatisch in ein Normal-Abo über.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an: Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

Uraufführung in Schwerin

Das Ding mit dem Klumpfuß

„Claire oder die Erfindung des Playback“ und „Das Orchester“ - Zwei Einakter im TIK

Als vor rund zwanzig Jahren die Verfilmung von „Cabaret“ auch in Deutschland für Furore sorgte, gab es neben der Begeisterung für den Film die Äußerung: „Da müssen erst die Amerikaner kommen, um dieses deutsche Kapitel aufzuschlagen“. Inzwischen hat man in Mitteleuropa nachgezogen. Manfred Karges Songspiel „Claire oder die Erfindung des Playback“ ist ein schillernder Einakter, als witzige Pie-

ce angesiedelt zwischen den großen Werken wie Faßbinders „Lilly Marlen“, Szabos „Mephisto“ und eben Fosseys „Cabaret“. Viel schneller, kürzer, geraffter, nicht minder interessant.

„Claire“, ursprünglich ein 3-Stundenmusical für Schauspieler (Musik: Stanley Walden), unter der Regie von Peymann 1984 uraufgeführt, ist aufgrund der überdimensionalen Besetzung - es

werden nebenbei 35 Musiker benötigt - kaum aufführbar. Das können die Theater nicht leisten. Die Fassung, die nun in Schwerin zur Uraufführung kam, ist eine Auskopplung aus dem großen Stück.

Erzählt wird eine Kabarett-Story aus den 30er Jahren: Die Geschichte der Sängerin Clara, genannt Claire, natürlich die Waldoff, und des Propagandami-

nisters mit dem Klumpfuß und dem selbstverliebten Touch fürs Künstlerische. Karriere und Machtrausch, Verführung oder Verdammnis. Eine spitzzüngige, scharfe Groteske, von Schauspielregisseur Ingo Waszerka mit sicherem Gespür für Bühnenwirksamkeit und Tempo inszeniert.

Marco Albrecht - der Mann zeigt Kinski-Qualitäten, der agiert verrückt und besessen, der wuchert in einem diabolischen Sog von Begehren und Machtfülle, mit seinem eiteln Drang in die kleine große Welt („Nur einmal auf dem Boulevard, nur einmal in Paris ...“) und einem Hauch vom geschneitelten UFA-Charme, angereichert mit einer leichten, linkisch anmutenden, Ahnung von Kunst, die mit dem Diktator im Widerstreit liegt - der Mann mit dem Klumpfuß: Das Ding hat gleichsam einen Haken. Ihm gegenüber die Claire ist mit Katrin Waldmann, genannt Seidel, gleichfalls sehr gut besetzt. Verführerisch und frech, ganz die Berliner Kabarett-Dame, die Dissee, mit heißem Herzen und kalter Schnauze, die einfach auf die Bühne gehört, die nur singen will, und die weiß, was sie nicht will. Zusammengesetzt werden die einzelnen Bilder von Ralf Lehm als der seltsame Mensch, der abgeklärt, in wissend-absurden Kommentarnummern das Spiel vorantreibt.

Der Theater-Allrounder Manfred Karge hat dem Stück eine tragisch-satirische Pointe hinzugefügt, die besagt, daß irgendein kleiner Dramaturg in den 30er Jahren Einiges hätte verhindern können, als ihm ein belangloses Theaterstück vom jungen Goebels angeboten wurde hätte ich sein Scheiß-Stück damals angenommen, hätten wir heute einen Schreiber von Scheiß-



Marco Albrecht - Der Mann mit dem Klumpfuß

Stücken. Was ist schon ein Scheiß-Stück gegen eine Gaskammer. Was ist schon ein verdorbener Abend gegen tausend Jahre.“

Der zweite Einakter des Abends, „Das Orchester“ - ein Konzertstück von Jean Anouilh (Musik: Gerd Luft) ist eher eine Inszenierung zum Ausatmen, zum Entspannen. Das schmeckt leicht nach biederer Hausmannskost. Die Künstler mit ihren Geschichten, ihrem ewigen Verkanntsein, den Träumen von großer Karriere und Ruhm, ihren Weh-

wehen und Schrullen - sie gaben ein beliebtes Sujet her für Anouilh, einem der meistgespielten Bühnenautoren der 50er Jahre, - zwischen 1946 und 1962 wurde die Pariser Theater-Saison fast durchgängig mit einem neuen Jean Anouilh-Stück eröffnet.

Die Skurilität aber, das Verrücktsein der Kleingeister, auch in diesem Kaffeehausorchester, schimmert in der Schweriner Inszenierung nur selten durch. Da fehlt etwas die Konzentration, da denkt der Zuschauer schon mal an das Bier danach. **Wolfram Pilz**



Katrin Waldmann gen. Seidel als Clara, genannt Claire Fotos (2): S. Meixner

Live aus Schwerin

NDR 3 - Start, die Livesendung mit jungen Künstlern, geht erstmals auf Reisen. Am Sonnabend, den 5. Dezember, werden die Gastgeber Kerstin Janse und Rainer Wulff im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin ausschließlich künstlerischen Nachwuchs aus Mecklenburg-Vorpommern präsentieren. Das Sinfonieorchester des Schweriner Konservatoriums unter Leitung von Istvan Menich Horvath stellt sich mit der Ouvertüre zur Mozart-Oper „Titus“ vor und spielt dann das „Miniature Concerto für Piano and Orchestra“ von Alec Rowley. Solistin ist Ute Kweschik.

Vom Konservatorium Schwerin kommt auch die achtköpfige Jazzband unter Leitung von Ernst Kaiser. Ebenfalls in der Landeshauptstadt zu Hause ist ein Blockflötentquartett, das beim diesjährigen

Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ zu den Preisträgern zählte.

Schüler des Rostocker Konservatoriums bilden ein Blechbläserensemble, das auch bei „Jugend musiziert“ preisgekrönt wurde und nun bei NDR 3 - Start präsentiert wird. Mit zwei Preludes von Rachmaninow stellt sich die 21jährige Pianistin Ulrike Mai von der Musikhochschule Rostock vor.

Vom gastgebenden Staatstheater Schwerin kommen der junge Bassist Antoine Godor mit einer Arie aus Donizettis „Liebestrank“, die Schauspielerin Simone Cohn-Vossen mit Liedern von Hanns Eisler sowie der Schauspieler und Kabarettist Marco Albrecht mit Ausschnitten aus dem erfolgreichen Programm „Prost, Brüder!“ Beginn 20 Uhr

Neu bei INTERCORD

Die kleine Tierschau

Drei Schwaben aus Heubach stellen seit zehn Jahren die bundesdeutschen Bühnen auf den Kopf. Die Parodien, Sketsche und Kalauer der „Kleinen Tierschau“ sind albern, kindisch und niveaulos - aber konsequent, genial, albern. Diese Genialität kommt an. Und so verwundert es keineswegs, daß das Publikum bei jeder Nummer des Comedy-Trios mit quiet-schender Begeisterung mitgeht und sich nach den zweieinhalb Stunden Programm und endlosen Zugaben dankbar müdeklatscht. Das Erfolgsrezept des Trio Infernale, Michael Gaedt, Ernst Mantel und Michael Schulig, liegt aber nicht nur an ihrer verblüffenden Art, jeden Gag in einen Brüller zu verwandeln oder sich permanent in die unmöglichsten Kostüme zu zwängen, sondern auch an ihrer absoluten Musikalität: Sie beherrschen fast alle Instrumente und stecken so manchen „Nur“-Sänger

in die Tasche. „Die kleine Tierschau“ spielt Punk, Funk, rockt dann plötzlich wieder los und schafft sogar den totalen Stilumbruch zu Jazz, Blues und Harmoniegesängen, wie es die Comedian Harmonists nicht besser hätten machen können. Eine ausgewogene Mahlzeit, gewürzt mit jeder Menge Witz und Texten, bei denen sofort die Tränen in die Augen schießen und der Bauch unter den Kontraktionen des Lachmuskels zu schmerzen beginnt. Bisher nur live zu erleben, präsentiert sich „Die kleine Tierschau“ jetzt neu auf CD und kann somit auch im stillen Kämmerlein genossen werden. „Die kleine Tierschau“ singt seine schönsten Lieder“ heißt das neue Album, eine musikalische Collage, gespickt mit jeder Menge einleitenden Kommentaren, damit man zwischen den Lachanfällen ein wenig Zeit hat, Luft zu holen. Aktuelle CD: INT 860 254

Der Gesang vom Frieden

Der Klarinettenist Giora Feidman auf Tournee in Ostdeutschland

Er kommt von weit her und er kommt ganz nah, er bläst Klarinette und er macht alles andere als nur Klarinette blasen, er ist ein Musiker und man nennt ihn einen König, er spricht zu seinem Publikum in der Sprache der innersten Seele: Er ist der König des Klezmer.

„Lang lebe Giora, seine Klarinette und seine Soul Music! Er schlägt Brücken zwischen Generationen, Kulturen und Klassen - und er tut es mit vollendeter Meisterschaft.“ Leonhard Bernstein

Giora Feidman ist als Sohn bessarabischer Emigranten in Buenos Aires geboren und aufgewachsen. Vom Vater lernte er als Kind Klarinette spielen, erbt er den schier unerschöpflichen musikalischen Reichtum, den die fast tausendjährige Diaspora der osteuropäischen Juden heranreifen ließ. Eine gleichzeitige klassische Ausbildung am Konservatorium von Buenos Aires führte ihn allerdings als Achtzehnjährigen zunächst zum Philharmonieorchester des berühmten Teatro Colon und weiter nach Tel Aviv, wo er mit 21 Jahren der jüngste Solobläser des Israelischen Philharmonischen Orchesters wurde.

Fast zwei Jahrzehnte widmete er sich als Solist und Lehrer der klassischen Musik, seit dem Ende der siebziger Jahre ist Giora Feidman wieder auf dem Weg des Klezmer. Und damit gelangte er zu ungeteiltem Weltruhm. Wo immer er auftritt, wird er begeistert aufgenommen, initiiert er ein tiefes Bewusstsein und andächtige Betroffenheit im Publikum. Der Klang seiner Klarinette macht ihn unvergleichbar. Als Magier, als Zauberer der Klarinette, als Gesamtkunstwerk



Der „König des Klezmer“ Giora Feidman

wurde er bezeichnet, den großen Klarinettenisten wie Benny Goodman oder Sidney Bechet gleichrangig zur Seite gestellt. Ob aus dem Munde von Isaac Bashevis Singer, Zubin Mehta oder Leonhard Bernstein - überall erfährt Giora Feidman begeisterte Zustimmung

Klezmer - das Wort kommt aus dem Hebräischen und bedeutet „Instrument des Liedes“. Giora Feidman sagt: „Klezmer ist kein besonderer Stil. Es ist die Zwiesprache der Seele mit ihrem Schöpfer und ein universeller Strom der Kommunikation, mit dem die Gefühle eines Menschen

einem anderen übermittelt werden.“ Ein Klezmer spielt nicht, es spielt aus ihm, er macht sich zu einem Instrument für einen Gesang; wie Feidman sagt: „Ich spiele nicht die Klarinette, ich benutze sie.“ Musizieren heißt für ihn immer, ein gemeinschaftliches Tun, ein gemeinsames Erleben. Dem jüdischen Selbstverständnis entspricht die entscheidende Formel des Klezmer: „Kein Rabbi wird einen Klezmer bitten, eine Melodie, einen 'Nigun' zu spielen. Er bittet den Klezmer, einen Nigun zu sprechen. Eine Melodie zu sprechen, bedeutet, die Wahrheit zu sagen. Eine Melodie zu spielen, bedeutet,

den anderen etwas vorzumachen.“

Der Klezmer, einst die Musik der Hochzeiten, der großen und kleinen Dorffeste ist seit einigen Jahren dabei, sich in Europa neuerdings anzusiedeln, im eigentlichen Sinne auch nach Hause zurückzukehren. In den USA konnte sich diese Musik seit der Jahrhundertwende relativ unbehelligt und konstant zwischen Blues- und Jazz-Traditionen behaupten. Seit einigen Jahren nun finden die Klezmer-Musikanten auch in Europa erneut ein größeres Wirkungsfeld. Ihr Protagonist ist zweifellos Giora Feidman.

Im Rahmen einer zehntägigen Tournee, veranstaltet unter der Schirmherrschaft des Zentralrates der Juden in Deutschland, gastierte Giora Feidman am 15. November im Schweriner Staatstheater vor fast ausverkauftem Haus. Unterstützt von zwei Musikern, dem Gitarristen Adam Rogers und dem Bassisten Tony Falanga, wurde diese Matinee zu einem großen Erfolg. Das hat das altherwürdige Haus wohl selten erlebt - ein andächtig mitsingendes Publikum und am Schluß stehende Ovationen. Für viele Besucher war es wohl die erste direkte Begegnung mit dieser jüdischen Musiktradition. Ein besonderes Konzert, ein wunderbares Zeichen, gerade zu einer Zeit, da sich auch in Deutschland lebende Juden einer zunehmenden Verunsicherung ausgesetzt sehen. Das Lied von Scholem - Das Lied vom Frieden. Wie sagte doch Feidman während des Konzertes: „Alle materiellen Dinge kann man zerstören, und sie wurden und werden zerstört auf diesem Planeten. Aber die Seele ist unzerstörbar. Und Musik ist Seele. Musik ist unzerstörbar.“

H. Michau

Umwelt

Die deutsche Eiche und andere Patienten

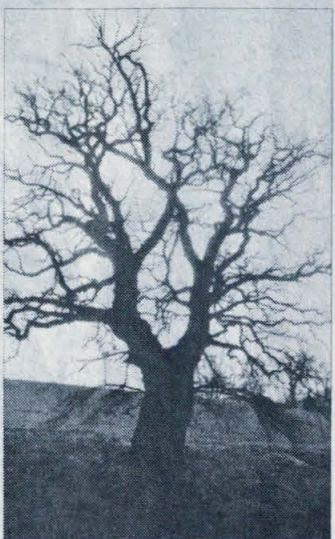
Die Zeiten, als Waldschadensberichte mit schreckenerregenden Zahlen schockierten, sind lang vorbei. Jetzt gibt das für den rasanten Niedergang des Wirtschaftsgutes „Wald“ politisch zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium nur noch „Waldzustandsberichte“ heraus, bei denen nicht nur der Titel geschönt ist, sondern, wie die gerade vorgelegte aktuelle 1992er Ausgabe beweist, auch die Statistik: Denn statt den Fortgang der Schadensentwicklung bei den am stärksten betroffenen Tannen wie in den vorangegangenen Jahren gesondert darzustellen, gibt die Regierung ab sofort lediglich den Durchschnittswert aller Nadelbäume bekannt.

Der Bericht öffnet - titelgerecht - den Blick in die Zukunft des deutschen Wald-Zustands: Daß wir noch einen Wald haben, ist ein Zustand, über den die Deutschen bei auch nur annähernd gleichbleibend dynamischer Ausbreitung der Schäden bald in der märchenhaften Vergangenheitsform („Es war einmal...“) sprechen können. Denn das Baumsterben ist im Rekordtempo vorgeschritten, das sagen die düren Zahlen:

- Rund ein Drittel aller Bäume sind deutlich geschädigt, mehr als 40 Prozent erkrankt;

- die Tannen führen die Schadens-Statistik mit einem Schadens-Anteil von 41 Prozent an, dicht gefolgt von den Buchen, von denen 38 Prozent Schäden aufweisen, den Eichen mit 32

Prozent sowie Fichten und Kiefern mit jeweils 24 Prozent; - nur noch ein rundes Drittel des Waldes ist, so der Bericht, frei von „erkennbaren Schadensmerkmalen“.



Die jetzt vorgelegten Ergebnisse der Waldschadenserhebung für Mecklenburg-Vorpommern bestätigen den Bundes-Trend: Nur noch 11 Prozent der von der Untersuchung erfaßten 7 800 Bäume wiesen keine Schadensmerkmale auf.

Diese Zwischenbilanz belegt zweierlei: Daß erstens die nachhaltige Verbesserung des Emissionschutzes durch Entschwefelungsanlagen bei Großkraftwer-

ken praktisch wirkungslos verpufft ist, weil zweitens die rapide Zunahme des Autoverkehrs und seiner Emissionen den Rückgang bei den Kraftwerken mehr als wettgemacht hat.

Rigorosere Verkehrspolitik, höhere Benzinsteuern, - gebetsmühelhaft tragen BUND und Naturschutzbund Deutschland einer desinteressierten Regierung und einer abgestumpften Öffentlichkeit ihre wohlbegründeten Forderungen vor. Aber als wäre es nicht nur den Menschen im deutschen Osten viel zu schlecht, sondern auch den Bäumen daselbst viel zu gut gegangen, klotzen die Neuländer derzeit mit Motorisierungs-Zuwachsraten jenseits der hundert Prozent und legt das Bundesverkehrsministerium ein Straßenbauprogramm auf, das heute den Ökologen und morgen den Anwohnern die Augen tränen läßt. Derweil steigt der Schadens-Anteil an einer Reihe von Baumarten - wie den Buchen mit zwei Dritteln - in Ostdeutschland weit überproportional; wenn das so weiter geht, wird so mancher deutsche Baum speziell hier alsbald nur noch unter Glas oder gar nicht überleben.

Aber es gibt kein Feld der Politik, in dem sich die Regierenden bei der grotesken Negierung längst bekannter Tatsachen auf einen so breiten gesellschaftlichen Konsens stützen können: Wir sind ein Volk von Umwelt-Idioten, dessen Schwachsinn-Grad sich besonders bei denen erweist, die auf die umwelt-feindli-

che, Waldsterben und Treibhaus-Effekt forciierende Verkehrspolitik der Regierung schimpfen, während sie selber weiter jeden Meter mit dem Auto fahren.

Die Regierung kann sich auf ihr Volk verlassen und das Volk auf seine Regierung. Seien wir ehrlich: Die Wenigen, die in ihrem Verzicht auf's Autofahren absolut konsequent sind, betrachten wir zumindest dann als Spinner, wenn's nicht die schiere Not ist, die sie zu ihrer Haltung treibt.

Das Landwirtschaftsministerium, das nach dem unerforschten Ratschluß des Bundeskanzlers die Zuständigkeit für den Problembereich „Waldschäden“ hat, will jetzt einen bedeutsamen Beitrag dazu leisten, daß das Aussterben ganzer Baumarten doch noch aus den Schlagzeilen verschwindet, - der Waldzustandsbericht soll, so ein Sprecher des Ministeriums, ab 1994 nur noch alle drei Jahre vorgelegt werden. Das System ist verbesserungsfähig: So könnte man ja ab, sagen wir, 1996 denjenigen, die noch in den Strunk-Zonen des Schwarzwaldes oder des Erzgebirges umherwandern wollen, zum Aufsetzen von Brillen mit dunkelgrün getönten Gläsern verpflichten, die an den Zugangswegen gegen einen Obolus ausgegeben werden. Mit dem Erlös könnte man dann - beispielsweise - die Botanischen Gärten des Landes in Schuß bringen. Denn wenigstens die wollen wir doch unseren Enkelkindern nicht vorenthalten.

m. w.

„Waldsterben ist verboten“

Die Bonner Politik tat, was sie immer in solchen Fällen zu tun pflegt: Sie zeigte sich besorgt - und das war es dann. Anlaß der Besorgnis war erneut der Waldschadensbericht, den Minister Ignaz Kiechle in Bonn vorlegte. 68 Prozent aller deutschen Bäume sind danach krank, mehr noch als 1991. Die Mitbürger in Mecklenburg-Vorpommern können jetzt sogar ein neues Gesellschaftsspiel entdecken: Durch ihren heimischen Wald laufen und einen gesunden Baum suchen (kleiner Tip: es ist etwa jeder neunte).

Da sagt der Minister: „Der Zusatz des deutschen Waldes hat sich 1992 leider verschlechtert.“ Dem Minister tut der Wald richtig leid. Schade, daß sich gegen dieses große Unglück überhaupt nichts machen läßt. Wirklich nichts?

Wer meint, das Ruder könne noch herumgerissen werden, indem eine ökologische Wende eingeläutet und das Auto als Hauptschädiger des Waldes in die Schranken gewiesen wird, der hat natürlich recht. Aber er versteht nichts von Politik. Denn richtig ist vielmehr, daß

es in diesem Land an dem politischen Mut fehlt, sich mit den Autoliebhabern in Industrie und auch Privathaushalten anzulegen. Oder würden Sie die Partei wiederwählen, die Ihnen das Auto wegnimmt? Na, also,

Kommentar

Bleibt den besorgten Bonnern wohl nur noch die „große Lösung“, zu der sich die wahrhaft demokratischen Kräfte immer dann zusammenschließen, wenn sie den Überblick längst verloren haben, ihre Handlungsfähigkeit aber gerade deshalb unter Beweis stellen wollen: eine Grundgesetzänderung. Nach heftigen parteipolitischen Kämpfen würde sich bestimmt eine Formulierung finden lassen, die die Besorgnis aller zum Ausdruck bringt. Sie könnte so lauten: „Der deutsche Baum darf in seinem Wesensgehalt nicht angetastet werden. Waldsterben ist verboten.“ Grundgesetz geändert, Problem gelöst, das Sterben geht weiter.

Tillmann Bendikowski

Der Öko-Tip:

Geschenke sinnvoll verpacken

Ob zu Weihnachten, zum Geburtstag oder bei Einladungen: Geschenke werden hübsch eingepackt. Meist landet das mit Liebe ausgesuchte Verpackungsmaterial nach dem Auspacken auf dem Müll. Dafür aber ist es viel zu schade.

Das Bundesumweltministerium empfiehlt, Verpackungen mit Kordel oder Geschenkbänder statt Klebestreifen zusammenzuhalten. Unbeschädigt läßt sich das Papier mehre Male verwenden. So spart man eine Menge Material und Geld. Auch kleine Präsenten im eigenen „Designer-Geschenkpapier“ - hergestellt aus passenden Zeitschriften-Anzeigen - überzeugen.

Für größere Geschenke eignen sich beispielsweise ausgediente Poster. Mit etwas Phantasie geben

Sie dem Geschnek eine persönliche Note.

Blumensträuße kommen auch ohne aufwendige Klarsichtfolien gut an. Verlangen Sie im Blumen-geschäft transparentes Seidenpapier. Wer seinen Strauß schon ausgepackt verschenkt, den reicht für den Transport auch Zeitungspapier.

Gerade vor Weihnachten werden hunderttausende von Päckchen und Paketen versandt. Unnötig, daß auch dadurch die Müllberge wachsen. Kräftiges Packpapier, ein Schuhkarton oder Faltpapier der Deutschen Bundespost lassen sich materialsparend verschicken.

Die Kordel statt eines Klebestreifens sichert auch hier die Mehrfachverwendung.

Stadt Schwerin ist im Kommen

Ergebnisse des Kommunalwettbewerbs der deutschen Umweltverbände

Alle Jahre wieder küren die deutschen Umweltschutzverbände - neben dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) und die Stiftung Europäisches Naturerbe (SEN) - und der Deutsche Städte- und Gemeindebund die „Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz“.

Zu fast achtzig Fragen quer durch die öko-relevanten Felder der Kommunalpolitik - zum Anteil der Umwelt-Ausgaben am Haushalt, zur Entwicklung des Stromverbrauchs und des Müllaufkommens, zur Verkehrsplanung, aber auch zu Umweltaufla-

gen bei Bauprojekten - hatten die 152 teilnehmenden Städte und Gemeinden Rede und Antwort zu stehen. Für 1992 ist die Wahl auf Freiburg/Breisgau gefallen; schon seit einem runden Jahrzehnt sorgt die südbadische Universitätsstadt mit einem konsequent umgesetzten Ausbau-Programm des Öffentlichen Nahverkehrs, flächenhafter Verkehrsberuhigung und klaren Müllvermeidungs-Strategien sowie der weitgehenden Berücksichtigung von Umwelt-Gesichtspunkten bei Planungen für Aufsehen, - beim städtischen Umweltamt und bei den Stadtwerken der Breisgauer geben sich kommunalpolitische Besucher-Delegationen aus dem In- und Ausland die Klinke in die

Hand. Nicht nur der Umwelt und der Freiburger Lebensqualität, sondern auch dem überregionalen Renommee der Stadt am südlichen Rand Deutschlands ist's nicht schlecht bekommen.

Aber das 1992er Wettbewerbs-Ergebnis läßt bereits erkennen, daß den Südbadern mit der mecklenburg-vorpommerschen Landeshauptstadt starke ostdeutsche Konkurrenz erwächst: Schon in diesem Jahr liegt Schwerin mit weitem Abstand an der Spitze der Bewerber-Städte aus den neuen Ländern, und nur der Umstand, daß zu einer Reihe von Fragen noch kein aufbereitetes Zahlenmaterial vorlag, hat verhindert, daß die Mecklenbur-

ger 1992 einen Spitzenplatz belegen. Mit ihrer Stadtwerke-Konzentration gilt die Landeshauptstadt bereits heute als ebenso vorbildlich wie mit ihrer in scharfem Konflikt mit Landesregierung und Umland-Gemeinden auf den Weg gebrachten Müllvermeidungspolitik und ihrem Verkehrsberuhigungs-Konzept, das „Tempo 30“ auf nahezu sämtlichen Stadt-Straßen vorsieht.

Der immer wieder heftig angefeindete Umweltschutz-Leiter Dr. Edmund Haferbeck wird das Wettbewerbs-Ergebnis als Ermunterung verstehen, auch in Zukunft keinem Konflikt aus dem Weg zu gehen.

m. w.

Gesagt und nicht getan

Die deutsche Hilfe zur Verbesserung der Sicherheit der GUS-Reaktoren bleibt aus

Beim sogenannten Weltwirtschaftsgipfel, zu dem sich vor wenigen Monaten in München die Regierungschefs der sieben mächtigsten Industrienationen getroffen hatten, war Bundeskanzler Helmut Kohl angenehm mit einem ökologischen Fanfarenstoß aufgefallen: Die „großen Sieben“ müßten, so sie noch ein Gewissen hätten, den GUS-Staaten mit viel Geld und noch mehr Know-How helfen, wenigstens für ein bißchen mehr Betriebssicherheit in ihren Schrottreaktoren vom Typ Tschernobyl zu sorgen. Sogleich wurde ein multilateraler Fonds gebildet, in den nach Kräften einzuzahlen die Versammelten gelobten.

Doch das reichte dem Kanzler noch längst nicht: Über die Leistungen an den gemeinsamen Fonds hinaus, so Kohl damals, werde die Bundesregierung die „bilaterale Hilfe verstärken“. Gesagt, aber nicht getan: Der Kanzler erntete ein paar widerwillig-positive Kommentare in der öko-interessierten Presse, die Kohlankündigung geriet in Vergessenheit, und geschehen ist bis heute nichts.

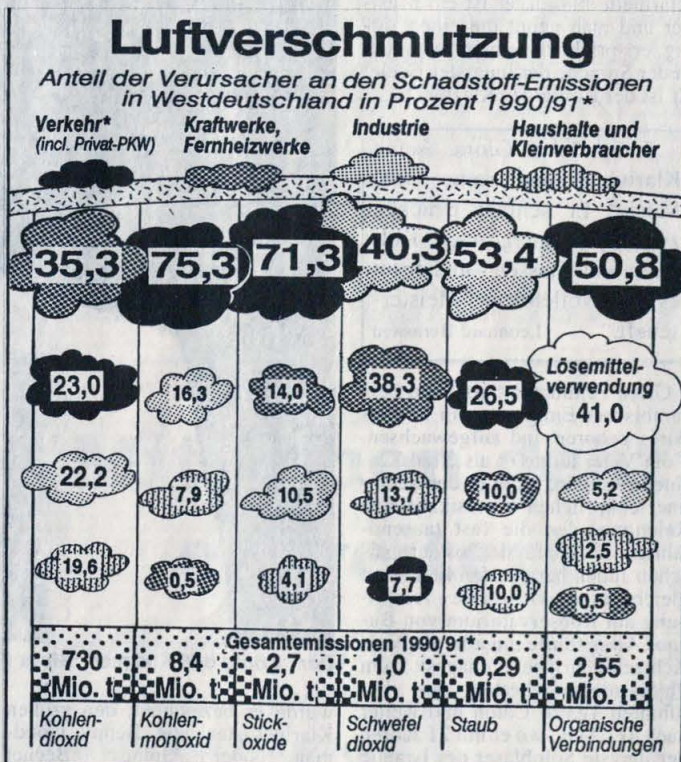
Selbst die Bonner Überweisungen an den multilateralen Fonds werden von Bundesfinanzminister Theo Waigel blockiert. Und auch bilateral tut sich nichts: Gelder für Beratung und technische

Hilfe sind bisher weder bewilligt noch gar geflossen.

Derweil hat sich Bundesumweltminister Töpfer, die „Greenpeace“-Blockade-Aktion vor dem AKW Greifswald brachte es an den Tag, auf eine ganz andere Variante der Unterstützung der östlichen AKW-Betreiber verlegt: Die noch betriebsfähigen Brennelemente des Lubminer Reaktors der seiner katastrophalen Sicherheitsmängel wegen stillgelegt worden war, werden ausgebaut und an die Betreiber eines tschechischen Atomkraftwerkes sowjetischer Bauart verkauft, dessen unverzügliche Abschaltung Bonn wiederholt öffentlich verlangt hat.

Die Lage an der AKW-Entsorgungsfrente ist zunehmend prekär: Die Franzosen, die bisher einen Großteil der Brennelemente aus den deutschen Reaktoren in La Hague zwischengelagert und wiederaufgearbeitet haben, sind per Gesetz aus dem Geschäft, und die deutschen Zwischenlager-Kapazitäten sind einseitig erschöpft. Aus dieser Not macht Töpfer zwar keine Tugend, aber doch immerhin eine Untugend, - er läßt die heiße Ware an die ver-kloppen, die damit nach seiner eigenen, immer wieder geäußerten Einschätzung noch ein paar weitere Jahre auf den Super-GAU zu-steuern können.

f. m.



Von den knapp 750 Millionen Tonnen Schadstoffen, die 1990 in die Umwelt gelangten, war das „Treibhausgas“ CO₂ mit 730 Millionen Tonnen die mit Abstand größte „Luftverschmutzungsquelle“. Über ein Drittel des Kohlendioxids entwich aus Kraft- und Fernheizwerken. Insgesamt aber ist der Verkehr der größte Luftverschmutzer. Über 290 Millionen Tonnen wurden 1990 an Kohlendioxid, Kohlenmonoxiden, Stickoxiden, Schwefeldioxid, organischen Verbindungen und Staub ausgestoßen. Haushalte und Kleinverbraucher hatten einen eher „bescheidenen“ Anteil an gesamten Schadstoffausstoß. Aber auch hier wurden immerhin noch ca. 143 Millionen Tonnen an Kohlendioxid freigesetzt - im Vergleich zur Industrie nur 19 Millionen Tonnen weniger. Würde die private Pkw-Nutzung noch hinzugerechnet, wären die Werte noch erheblich höher.

(co)

Dosensäulen bis zum Mond

BUND warnt vor Dioxin durch Dosenrecycling

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat jetzt ein Verbot der weiteren Verwendung von Getränkedosen aus Weißblech und Aluminium gefordert. Die Verpackungsindustrie betreibt beim Thema „Getränkedosen-Recycling“ gezielte Verbraucher-Verwirrung, so der Vorsitzende des BUND, Hubert Weinzierl. In gewohnt kräftiger BUND-Diktion warf Weinzierl den Verpackungs-Produzenten vor, in ihren Werbekampagnen „Recycling-Lügenmärchen“ zu verbreiten und zeichnete die Firma VIAG AG für die „perfideste Öko-PR-Kampagne zur weiteren Verbreitung von Einweg-Verpackungen“ mit den „Giftgrünen Feigenblatt“ aus. Der Konzern, so der BUND-Vorsitzende, betreibe „gezielte Begriffsverwirrung mit dem Ziel, über die gravierenden Umwelt-nachteile von Getränkedosen und anderen Ex- und Hopp-Einwegverpackungen hinwegzutäuschen“. In Wahrheit aber verursachte das Dosenrecycling einen unerträglich hohen Dioxinausstoß und werde lediglich ein Viertel aller Dosen wieder zu Stahl verarbeitet.

Allein im Jahre 1991 wurden in Deutschland 4,3 Milliarden Getränkedosen verbraucht, und trotz „Dualem System“ - oder besser: gerade deswegen - ist das Entsorgungsproblem nach wie vor ungelöst. Der „Grüne Punkt“, der neuerdings von den Dosen prangt, täuscht ein funktionierendes Recycling nur vor. BUND-Verpackungsexperte Olaf Brandt: „Das freundliche Blechspielzeug, das uns in der Vierfarbanzeige ver-

kündet, es sei einmal eine Dose gewesen, lügt. Nur die Hälfte der gebrauchten Dosen wird überhaupt wieder eingesammelt. Die Hälfte davon wiederum wandert als Schlacke und giftiger Filterstaub weiter auf die Müllhalde. Nur der verbleibende Rest wird - aufgrund der hohen Materialverluste - zu Stahl dritter Wahl, der höchstens zur Produktion von Drähten und Baustahl benutzt werden kann.“

Recycling ist mittlerweile zum alles erklärenden und alles entschuldigenden Schlagwort geworden; es wird von der Industrie und vom Umweltminister übereinstimmend als eine Art Zauberformel für das Funktionieren eines dem Schein nach nahezu geschlossenen Produktions- und Wertungskreislaufs gehandelt. Dabei entstehen gerade beim Recycling von Getränkedosen große Mengen Dioxin. Olaf Brandt: „Pro Tonne Metallschrott werden zwanzigmal so viel Dioxine in die Luft geblasen wie bei der Verbrennung einer Tonne Abfall in einer modernen Müllverbrennungsanlage erlaubt ist“. Auch das Umweltbundesamt stuft das Metallrecycling als eine der Hauptdioxinquellen in der Bundesrepublik ein.

Der BUND fordert von der Bundesregierung ein Aluminium-Verbot für Verpackungen sowie den Ersatz von Weißblechdosen durch Mehrwegsysteme. Dosen, so der Umweltschutzverband, müßten, wie schon vor Jahren in Dänemark, auch in Deutschland aus den Regalen verbannt werden.

f. m.

Forum

Die unendliche Geschichte

Manfred Stolpe



nicht zu erwarten. Nicht einmal im Herbst '89 haben die so schlauen Politiker aus dem Westen mitsamt ihren Geheimdiensten den Zusammenbruch gesehen. Daß auch die evangelische Kirche in der DDR das nicht erkannt hat oder nicht wahrhaben wollte, das mußte man ihr vorwerfen. (Mit Regina Tempelin zusammen habe ich im Frühsommer '89 Synodalen-Präsident Becker bekümmert, doch aufzuhören mit dem Bangen um den Bestand der Kirche und dem Lavieren mit der SED; die Menschen in der DDR würden auf Ermunterungszeichen warten. Becker wollte auch nicht wahrhaben, daß die Partei gar nicht mehr in der Lage war, gegen die (im wesentlichen) Reformkräfte vorzugehen.)

Nun gut, es kann sein, die Kirchenleitung wollte nicht an einem Massaker schuld sein, aber es war auch dieses „Gib-dem-Kaiser was des Kaisers“, was da gewirkt hat. Das, zumal „der Kaiser“ ja im Laufe der letzten Jahre immer

hen - und - das darf man eben nicht vergessen - ein Ableben dieses so-wjetischen Ziehkindes war doch

großzügiger geworden war: Hilfe der Westkirchen durfte ins Land, die Pfarrer durften in die BRD reisen, die örtlichen Behörden waren gehalten, Anliegen der Kirchen „wohlwollend“ zu prüfen etc.

Ja, und dann war da auch noch bei Stolpe und nicht nur bei ihm: Trotz allem schien ihnen dieser Staat der historisch bessere. Was an ihm verändert werden müßte - Beendigung der Parteidiktatur, die geistige Enge, die mangelnde Mitsprache der Bürger und vor allem die Verlogenheit und Unaufrichtigkeit von Partei- und Staatsführung - das wollten auch viele SED-Genossen; die Reformgarantie bot - früher oder später - Gorbatschow und seine Perestroika. Wenn diese soziale Struktur (Basis: die staatlichen Produktionsmittel, die fälschlich als vergesellschaftet bezeichnet wurden) mit dem verbunden würden, was das Fundament einer selbstbestimmten Sozietät eigentlich bildet, nämlich eine umfassende Demokratie, dann würde eine gerechtere Gesellschaft entstehen. (Nebenbei: diese Hoffnung teilten jene Christen mit vielen Intellektuellen - bis zuletzt.)

Ja, und dann waren da zwei Faktoren oder Anliegen: Man (die Bischöfe, Stolpe, und viele andere) wollte helfen (Kriegsdienstverweigerern, Ausreisewilligen etc); dazu mußte man verhandeln. Und: Man (nicht genau zu sagen wer) wollte seine Kreise nicht gestört sehen, vor allem nicht von jenen, die eigentlich keine christlichen Anliegen hatten, sondern politische; sollten die mühevoll erreichten Vereinbarungen durch ein paar Ungeduldige zerstört werden?

Dr. Horst Laatz, Bochum

Verlorene Mühe?

„Deutsche Vergangenheiten“, so haben Sie in Ihrer letzten Ausgabe die Themenseite überschrieben. Ich habe mich redlich bemüht, den Artikel zu lesen. Ihre Autorin hebt offensichtlich darauf ab, daß der Leser Zeit mitbringt, sich in sein Studierstübchen zurückzieht und dann erfährt: Ich bin zu dumm für diesen Artikel. Aber nach einigem Fleiß ist es dann doch erreicht: Er ahnt, was die Autorin sagen will. Nicht der Leser allein hat Defizite, sondern die Bevölkerung östlicher Herkunft, um nicht zu sagen Abstammung. Was waren wir denn auch für Dämelingen, als wir meinten, wir meinten es wenigstens ernst mit einem antifaschistischen Ansatz. Aber nein, jetzt erfahren wir, es war ganz anders. So pauschal wie wir uns jetzt als verfolgte Osis gebärden, so pauschal wird uns von Frau Stephan nun auch der politische Schneid abgekauft.

H. Karl, Rostock

Bissiger MA

Woher rührt bloß die Bosheit, mit der Ihr Autor Waldemar Schlegel eine angebliche Kneipen-Kritik zum Vehikel nimmt, auf die West-Beamten loszugehen? (MA 43/44) Oder sind die wirklich alle so wie geschildert, - ödeste Kost wird aus Knauserigkeit und Geltungssucht in einer Art überdachter Imbiß-Bude konsumiert? Und anschließend in der Hotel-Bar lassen sie die Sau raus? Das ist nicht nur ungläubhaft, sondern für jeden offensichtlich falsch. Und es ist alles andere als ein Beitrag dazu, dem vom Autor indirekt beklagten Mangel an Kontakten zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und den aus Westdeutschland zum Verwaltungs-Aufbau in's Land gerufenen Beamten abzuwehren.

Walter Hillerich, Schwerin

Für und Wider zur A 20

Der sehr ironisch abgefaßte Beitrag „Ein Volk - eine Spur“ von Herrn List aus Hamburg (MA vom 13.11.92) sollte sicher die vielen Befürworter der geplanten Autobahn, einschließlich Minister Krause, treffen. Wenn auch seit dem vorigen die Meinungen dazu geteilt sind, wird das Projekt in ein paar Jahren umgesetzt sein, ohne daß Naturschützer und andere Interessengruppen dabei ignoriert werden.

Im Westen Deutschlands hat man in den zurückliegenden Jahren doch alle Landesteile durch Autobahnen erschlossen und in den Ballungszentren, sicher zum Nachteil der Natur, das Umland der Städte weitgehend betoniert. Wenn man nun das weitläufige Gebiet in einem neuen Bundesland von rund 250 km Ausdehnung von West nach Ost erschließen will und damit nördlich gelegene Anbindungen an unsere Nachbarn im Osten schafft, dürfte das wohl das vertretbare Maß für eine Infrastruktur im vereinten Europa sein.

Auch eine bessere Anbindung zwischen den Ostseehäfen in M-V im Hinblick auf den Transitverkehr über die Ostsee ist für diese wirtschaftliche Randregion wohl erstrebenswert! Wer zwischen Stralsund und Lübeck öfter die B 105 benutzt - und das meist in westlicher Richtung - der weiß wirklich, was ein von Herrn List in seinem Beitrag so satirisch beschriebener Stau ist; denn man benötigt an Sonnabenden beispielsweise von Rostock bis Lübeck statt 2 etwa 3 1/2 Stunden Fahrzeit.

Sicher kann man heute noch nicht den vollen wirtschaftlichen Nutzen der neuen Autobahn berechnen, aber wenn in ein paar

Jahren auch in Deutschland Autobahngebühren an der Tagesordnung sind, werden auch hier mit der Zeit die Kosten wieder „eingefahren“.

In der Ostsee-Zeitung wurden am 17. November erste Stellungnahmen zum Bau der A 20 nach einer Leserumfrage unter dem Titel „Pro / Contra“ veröffentlicht. Die Gegner argumentieren unter anderem damit, daß die A 20 zu einer Nachschublinie für die Unternehmerrichtung M-V und Polen genutzt werden wird und Arbeitskräfte sowie Bauland beim östlichen Nachbarn als sehr billig ausgenutzt werden könnten. Das sind sicher Einwände, die man nicht außer Acht lassen kann, aber wie werden die mecklenburgischen Städte in zehn Jahren aussehen, wenn sich weiterhin der Verkehr im wesentlichen durch diese Ortschaften abwickelt?

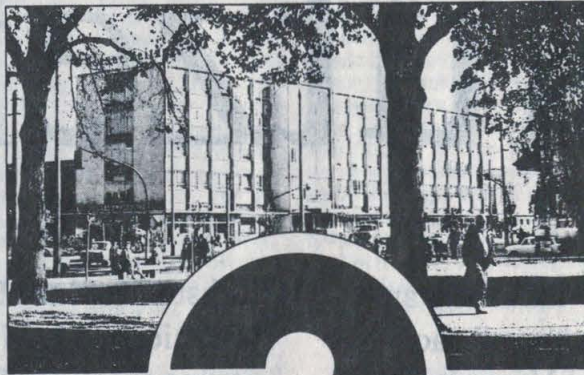
Natürlich ist es für unseren Staat auch eine wichtige Aufgabe, mehr Anreize für das Bahnfahren zu schaffen; doch wird der durchschnittliche Autobesitzer bei den jetzt erhobenen Fahrpreisen lieber einen zeitweisen Stau auf den Straßen in Kauf nehmen. Gegenwärtig wird zwischen der Bahnverwaltung und Wirtschaftsgremien der zweigleisige Ausbau der Strecke Lübeck-Bad Kleinen diskutiert, der jedoch bei Realisierung dieser und anderer Projekte Schuldenberg und Preise von DB und DR noch weiter anwachsen lassen würde.

Wenn für die geplante Ost-West-Autobahn eine umweltverträgliche Variantenlösung gefunden wird, sollte auch der künftige Nutzen für diese wichtige Verbindung in einer strukturschwachen Region nicht zu übersehen sein.

Wolfgang Dahle, Rostock

SIE HABEN DIE SCHÖNSTE LANDSCHAFT

UNSER LAND HAT
GROSSARTIGE
LANDSCHAFTEN-
UND EINE GROSSE
DRUCKEREI



WIR DRÜCKEN
UNS NICHT-
WIR DRÜCKEN
FÜR SIE

ABER SELBST
DIE SCHÖNSTE LANDSCHAFT
BRAUCHT WERBUNG

OZ

OSTSEE-DRUCK

O-2500 Rostock 1
Richard-Wagner-Straße 1a
Telefon: (03 81) 36 52 32
Telefax: (03 81) 2 23 68

Top-Entscheidungen brauchen Top-Informationen



Suchen Sie sich Ihre Zeitung nach dem Nutzen aus.

Wer intelligent und leistungsorientiert denkt, will teilhaben an Informationen, die zwar jedem zugänglich aber nicht überall nachzulesen sind. Wer Verantwortung in Wirtschaft und Verwaltung übernimmt, braucht Entscheidungshilfen, auf die er sich verlassen kann. Das Handelsblatt bietet Ihnen beides: die aktuelle Nachricht und die genaue Analyse. Die kompetente Meinung und die begründete Prognose. Sie haben zu jeder Zeit den Einblick in die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik weltweit, verfügen über Insiderwissen aus Geld und Kredit, Unternehmen und Märkte sowie detaillierte Informationen über Börsen, Kurse,

Rohstoffmärkte. Diesen täglichen Wissensvorsprung können Sie abonnieren. Und im Gegensatz zu anderen Tageszeitungen von der Steuer absetzen. Das Handelsblatt ist erhältlich im Zeitungs- und Zeitschriftenhandel oder als Kurzabonnement zum Kennenlernen

für einen Monat (20 Ausgaben) zum Preis von DM 26,— (statt DM 56,—). Sie können dann immer noch entscheiden, ob Sie weiterlesen möchten.

Fax für Schnellentschlossene: 0211/ 13 35 22 oder Telefon zum Nulltarif 0130/ 93 88. Handelsblatt-Leserservice, Postfach 10 27 53, 4000 Düsseldorf 1.



Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung

Vermischtes

Im Tal der Ahnungslosen

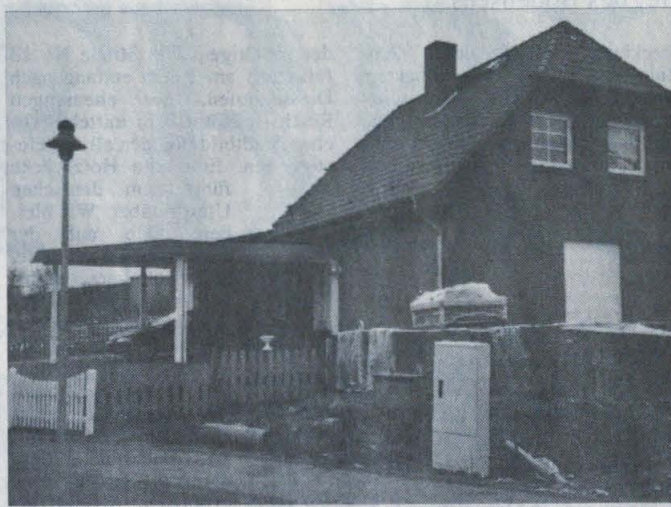


... doch ahnt man nichts...

Die Senke bei Pinnow, in die hinein all die Landesbeamten ihre Häuser bauen, ist an sich nicht tief; doch birgt sie eine solche Hinz-Dorfarchitektur, daß man in einem tiefen Tal der ästhetischen Ahnungslosigkeit sprechen kann. Es muß etwas Fluchwürdiges am Typ des eingeschossigen mecklenburgischen Backsteinbauernhauses mit Krüppelwalmdach sein, daß so viele Zugereiste sich derart an ihm versündigen. Und es mindert nicht die Schuld der Bauherren und ihrer meist hamburgischen, jedenfalls aber nordwestdeutschen Architekten, daß die Einheimischen aus ihren Dörfern und Städten anwandern, um die gutbetuchten Fremdlinge um ihren Schindanger der sinnestumpfen Puppenstuben-Bauweise zu beneiden. Gen-Manipulation an einem Modellbausatz zur Randbebauung von Spielzeugeisenbahnstrecken! Auf diese Weise wohl der so ähnlich ist Neu-Pinnow so schrecklich groß geworden. Diese schnell hochgezogenen Neureichen-Siedlungen, die verborgens versuchen, das Bieder-

meier mit der Western-Stadt zu versöhnen, bringen (ungefähr) sieben Plagen über die davon befallenen Landstriche:

- Die rotgeklunkerte Einheitsfassade, die von der geheuchelten Bereitschaft mißratener Bauwerke kündigt, sich unauffällig in die Landschaft zu ducken;
- die in Schneeweiß gehaltene Einheits-Tür mit verbutzelten Scheibchen und güldenem Türgriff, hinter der man sogleich eine Wohnkultur vermutet, als würde gerade der Neckermann-Katalog von 1973 verfilmt;
- das gleichfalls schneeweiße Einheits-Gatter mit all den Knäufen und Verzierungen an den Pfosten-Spitzen, das sinnlos trennt, was zusammengehört (denn all die anderen Anwesen bieten ja das nämliche Bild), und das den einladenden Charme einer ästhetischen Selbstschuß-Anlage entfaltet;
- die zum System erhobene Unfähigkeit, Fenster, Türen und Tore einigermaßen sozialverträglich an den Gebäuden und Dachflächen der Gebäude anzuordnen;
- die wohl aus der Fernseh-Se-



... aber dann!

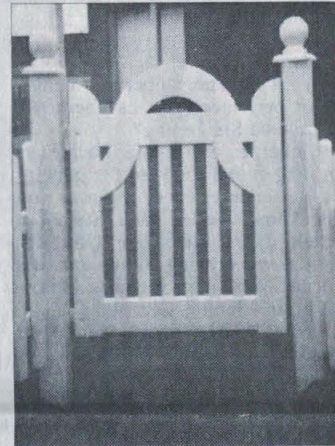
rie „Dallas“ oder ähnlichem abgeleitete Sucht, Teil- und Unter-Bauwerke wie Garagen und/oder Carports in einer Art Kammerton der Geschmacklosigkeit an's klein' Häuschen anzupappen, auf daß daraus doch noch eine Art Ewing-Ranch werde;

- Grün kaputt, daß die Schwarte kracht, - nagelscherengeschnittener Rasen und so manches Blautännchen darauf künden vom Erfolg des Versuchs, die früher hier wohl vorhandene Vegetation durch die Verwirklichung einer Kitsch-Postkarte zu ersetzen;
- eine brummende Boden-Verriegelung, meistens vor der Vorderfront und mittels Verbundstein, damit der repräsentative Wagen der immergleichen gehobenen Mittelklasse notfalls auch auf der eigenen Scholle genug Auslauf hätte.

Keiner tanzt aus der Reihe, keiner soll was anderes sein dürfen. Das war das kleinkarierte Muster, das die Leute im realen Sozialismus für ihre Lebensweise und ihre Lebensäußerungen meistens klaglos akzeptiert haben. Das neue Pinnow, in dem die Häu-

schen wie geklont in einer Landschaft stehen, in die sie nicht passen, ist ein Beispiel dafür, daß es damit auch jetzt noch munter weitergeht: Der Einheits-Plattenbau hat die Städte verhunzt, jetzt sind die Dörfer dran. Und wieder werden alle mitmachen, denen nicht vorher das Geld ausgeht.

Franz Maag



Viel Liebe zum originellen Detail

Ludwig Erhard seinen Markt 1992

De ünner de ölleren un jüngeren Lüd, de keine rechten Vörstellungen mihr von Ludwig Erhard hebbt, sick vun em kein Bild maken köönt, de möten mal eins ehre Tweimarkstücken von achtern anseihn. Wenn se dor einen finnen dauht, de keine Ähnlichkeit mit Heus, Schumacher, Adenauer oder Strauß hett, denn is dat Ludwig Erhard. Ludwig Erhard, dat wier de ierste Wirtschaftsminister in Bonn nah denn verlorenen Krieg. Wat Erhard fahlen deiht up dat Konterfei, dat is ne dicke Zigarr mank de Tähn. De Zigarr hett tau em hört as de freie - un soziale Marktwirtschaft.

Nu kann dat angahn, ein Barg Lüd kriegt all dat Grusen, wenn se blot dat Wurd von de Marktwirtschaft hört. Wolfsgesellschaft fallt ehr denn in. Un de Wölfe sünd alerwägens ünnerwägens.

Doch mit de freie - un soziale Marktwirtschaft is dat so as mit de Christen un Juden, mit de Sozial- un Christdemokraten. Dat giffit Juden un Christen, de unsen Herrgott ein gaudes Anseihn verschafft up disse Welt un sonne, de em sin ganzes Geschäft up Irden versaubüdel. So as dat Sozialdemokraten giffit, de bannig unsozial blot in de eigene Tasch wirtschaften dauht un anner, de dat dull irnst un persönlich nähmt mit sozial un demokratisch. Un wägen de Balance: So as dat Christdemokraten giffit, de denn Nazariaer Dag för Dag vun frisch an an dat Krüz slagt un anner, an de de Lüd up Irden un in Häwen ehre Freud hebbt.

Wi wüllt awer doch Ideen nich nah de Lüd beurdeihlen, de sick achter ehr verstäken dauht. Un dat gelt ok för Erhard sine Marktwirtschaft. Sine Marktwirtschaft sall nich eine Wolfsgesellschaft von irgendwecke Räubers von güstern, hüt un morgen sin, ne, dat sall eine sin, de sozial un fri is. Sall. Obschonst de Räuberi kein Enn' nähmen will. Is awer gägen dat System. Un de Räubers slapen ok in de annern Systeme nich. Hebbt wi beläwt.

Ludwig Erhard het sin marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem 1948 gägen denn Willen von de damaligen Besatzungsmächte un anner Lüd in denn westlichen Deil von Dütschland inführt, hett Erfolg hat, un hüt gelt dat System in ganz Dütschland un so ähnlich in de meisten westlichen Länner.

Man nu endlich tau Ludwig Erhard 1992. Ein Lehrsatz von Erhard sine Marktidee heit, de ganze Kram von Markt funktioniert blot denn, wenn alle Lüd, de tau dat System hört, national un international, ok de nödigen Mittel verdeiht un in de Tasch hebbt, de se brukt, wenn se up denn Markt gaht. Denn mit denn Markt kann dat nich funktionieren, wenn de Markt vull is von Lüd, de verköpen wüllt, un rundüm Lüd stah mit leddege Pottmeenes in ehre Taschen. Dorüm ok hett hei sick ünner för wirtschaftlich starke Entwicklungslänner insett. För Entwicklungshilfe un gägen Utbeutung. Blot sonne Ort von Länner sünd gade Handelspartner, de dat, wat in Dütschland herstellt ward, ok betahlen köönt.

Grad so gelt dat also ok in Düt-

schland. De Markt in Dütschland funktioniert blot denn, wenn alle Dütschen nauch Geld verdeiht för ehre Gänge up denn Markt un up denn Markt ok nauch Ware för de Lüd anbaden ward. Sowat heit denn Bedarfsdeckungsgesellschaft. Un dorför möt dat alle Lüd in Dütschland hafwägs egal gaud gahn. Klor, jeden einen, de sin Wark dauhn kann, nah sine Leistung. Up hoch- un plattdütsch heit dat: För jedeneinen is blot dat gaud, wat ok gaud för alle is, un för alle is blot dat gaud, wat för jedeneinen gaud is.

Taun Exempel för hüt: Wenn de Lüd in Dütschland, de bäten wat mihr verdeihen dauht as se nödig hebbt, un dorvun giffit dat up beide Sieden von de Elw wecke, eine Tied lang bäten wat mihr an Stüern betahlen, dormit vun dat Geld östlich de Elw de notwendig Infrastruktur flink upbugt ward, de in' Westen ja ok eins ut Stüergelder upbugt worden is, denn hölpt dat ok de, de momentan tau Kass baten ward. Ehre Geschäfte un Handtierungen ward so up Jahrteihnte sichert. Markt ward sichert. Un Markt heit köpen un verköpen.

Noch eins taun Exempel för hüt: Wenn de Universitäten in Rostock un Grieps momentan düchdig wat mihr an Gelder kriegt as de in Heidelberg un Göttingen, denn is dat för ganz Dütschland gaud. För alle in Dütschland.

Un wenn östlich von de Elw ein Tied lang bäten wat weniger verdeiht ward dor, wo ok wat weniger produziert ward oder wat mihr akkumuliert werden möt, denn is dat ok för de gaud, de ierst eins bäten wat weniger an Geld in ehre Taschen hebbt. Jede Mark möt doch eins verdeiht werden. Wenn dat denn man in de Gang kümmt. Dat möt dat denn awer ok. In Gang kamen. För alle in Dütschland.

Ja, för alle Dütschen is dat gaud, wenn in Döms de Brügg öwer de Elw frisch upbugt ward un bald fardig is un wenn an Oder, Elw un Rhein bald eins egal gaud Klärwerke installiert sünd. Allens möt för alle gaud sin, un dorbi möt dat fri un sozial taugahn.

Un denn noch: De Erhardsche Marktwirtschaft is grad so, as dat de Kartüffel un dat Kurn up denn Acker un dat Gras in de Wischen sünd, up gaud Witterung anwiest. So as jeder anner Markt ok. Gaude Witterung buten un binnen. Up denn Markt möt dat Spaß maken. Dor möt einer girn rümmerlopen un sin Wäswark drieiben. So lang awer öwerall blot rümmerquarkt ward öwer de Lüd un dat Gewäse up denn gesamtdütschen Markt, so lang Ostwestklassenkampf schürd ward von nägenmalklaue Journalisten un Bäuerschriewers, un dorup hört ward, so lang ward dat nicks mit einen freudigen Markt, so lang ward dat denn ok nich bar gup gahn.

Dorüm deiht för denn Erhardschen Markt 1992 eins Not: De Quarkbüddels einfach links stahn laten. Gör nich um kümmern, seggt de Hamburger. De Quarkbüddels starwt so oder so nich ut. Dorüm: Lat ehr.

Korl Bäk

Kulinarisch: MA beißt an...

Tut mir leid

Die satirisch überspitzte Glosierung des Freizeit-Verhaltens von aus Westdeutschland gekommenen Landesbeamten im vorletzten „MA beißt an“ (BSG Einheit, Bar des Fritz-Reuter-Hotels) hat viele, die sich nicht immer zurecht gemeint, aber gewiß zurecht betroffen fühlen, einigermaßen empört. Nach einer Zeit des zunächst widerwilligen, dann aber immer verständnisvolleren Nachdenkens will ich mich nun doch für die Verallgemeinerungen entschuldigen, die meinen Artikel allzu durchgängig bestimmen.

Es gibt ihn ja durchaus, den Typ des West-Beamten, der des Geldes und der schieren Karriere wegen hier ist und der den ostdeutschen Schwierigkeiten ohne Einfühlung, dafür aber mit Gleichgültigkeit begegnet; aber es gibt auch erfreulich viele Beamte aus der alten Bundesrepublik, die ebenso sachgerechte wie kompetente Arbeit leisten, ohne die der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung schlichtweg nicht möglich wäre. Vielen von ihnen ist die Hotel-Existenz über viele Monate hinweg zur zwangsweise in Kauf genommenen Tristesse geworden, zu der es für sie (und ihre Familien) keine Alternative gibt. Eine pauschale Identifikation mit den schwarzen Schafen! ist nicht gerecht und trägt zur Zementierung ost-westlicher Verständnislosigkeit bei.

Niemand steht jenseits der Kritik; aber Überspitzungen sind kontraproduktiv. Denn aus einem kräftigen Tritt vor's Schienbein, dazu noch vor's falsche, lernt der Getroffene nur, daß es ihm wehnt.

Waldemar Schlegel

Die blinde Schießwut

Revierförster ballert auf Jagdhunde

Am Morgen des 9. November geht der 21jährige Gordon Gesierich aus Göhren im Landkreis Schwerin im Wald gegenüber des elterlichen Wohnhauses spazieren. Es ist ein frostklarer Morgen, er führt die beiden familieneigenen Rauhaarteckel mit sich. Der Vater Jürgen Gesierich, ehrenamtlicher Bürgermeister von Göhren und seit vielen Jahren passionierter und anerkannter Jäger, hat die beiden Jagdhunde fachmännisch abgerichtet und erzogen. Die 5jährige ausgebildete Jagdhündin Peggy vom Lewitzgrund ist im Bahlenhüsener Jagdgebiet der einzige Schweißhund. Der junge Mann hat also keinen Grund die Hunde an der Leine zu führen, zumal in diesem Fall ohnehin kein ausdrücklicher Leinenzwang besteht. Das Gelände ist etwas uneben, für einen Moment hat er die Hunde aus den Augen verloren. Plötzlich hört er ganz in der Nähe zwei Schüsse knallen. Er pfeift sofort nach den Hunden, mehrmals,

dann läuft er in die Richtung, aus der die Schüsse kamen. Dort sieht er den Zapeler Revierförster Gneiser den Revolver wegstecken, in sein Auto steigen und davonfahren. Er sucht nach den Hunden, findet sie schließlich erschossen unter einem Gebüsch liegen.

Diese Geschichte hat im Dorf und unter den Jägern der Umgebung Betroffenheit und Empörung ausgelöst. Jürgen Gesierich: „Soetwas können wir nicht verstehen. Die Hunde haben auf keinen Fall gewildert, und ein Revierförster muß einen Jagdhund erkennen können. Für uns hatten die Hunde einen hohen ideellen und materiellen Wert. Peggy hat auf vielen Nachsuchen nach geschossenem Wild ihre Fähigkeiten bewiesen. Die Ausbildung eines guten Jagdhundes ist aufwendig und langwierig, jetzt muß sich unsere Jägerschaft für die Nachsuche einen Jagdhund in benachbarten Revieren ausborgen.“

Der Kreisjägermeister Mörke aus Sukow dazu: „Das ist eine Frage der Moral. Dieses blindwütige Schießen haben wir früher nicht gemacht, und das darf es auch in Zukunft nicht geben.“

Im Landesjagdgesetz Mecklenburg/Vorpommern, 23, Abs.2 ist festgelegt, daß eindeutig als Dienst-, Jagd- oder Gebrauchshunde (z.B. Hirten- oder Blindenhunde) erkennbare Tiere nicht geschossen werden dürfen. Eine vom Forstamtsleiter geforderte schriftliche Stellungnahme hat der Revierförster Gneiser bisher nicht vorgelegt. Neben dem allzu leichtfertigen Gebrauch der Schußwaffe stimmt es auch nachdenklich, daß ein Revierförster geschossene Tiere schlichtweg unter ein Gebüsch wirft und verschwindet.

Jürgen Gesierich hat inzwischen Anzeige bei der zuständigen Polizeidienststelle erstattet. w.p.

Mein wunderbarer Alltag



Udo Knapp

Letztaus zwischen Greifswald und Grimmen auf dem Weg zum Bundeskongreß der Wasser-Ingenieure in Rostock ein Zwangsstopp wegen einer Baustelle. Da kamen die wilden Gänse. In w-förmiger Formation zogen sie, von der Ostsee kommend, heran und landeten, eine Welle nach der anderen, nur Meter von meinem alten Diesel entfernt auf einem abgeernteten Maisfeld. Ich bin ausgestiegen, ganz langsam auf das Feld gelaufen, mitten unter die Gänse. Die bekümmerten sich nicht weiter um mich. Sie flogen nicht davon. Ich meinte, sie beäugten mich eher vertrauensvoll. Mittlerweile müssen es über tausend gewesen sein. Soweit ich sehen konnte wilde Gänse, leises Geschnatter und meine Nils-Holgerson-Gefühle. Es hätte mich nicht gewundert, wenn er von der

Gans dort drüben herabgesprungen wäre, um mich zu begrüßen. Dann das schrille Hupkonzert und die fluchenden Menschen auf der Straße. Sie gestikulierten und brüllten, ich sollte meine Schrottkarre weiterfahren. Ich hörte nicht auf sie. Ich wollte den Gänsen weiter zuhören, die gerade begonnen hatten, vom Großen Sturm über der Ostsee zu erzählen.

Wie Sie es auch drehen und wenden, es ist zweifellos die große Chance im Kampf gegen den Krebs. Die kostenlose Früherkennungsuntersuchung. Einmal im Jahr für Frauen ab 20 Jahren und Männer ab 45 Jahren. Dem Leben zuliebe. Deutsche Krebshilfe Spendenkonto bei allen Banken 909090

Reise

Zurück in den Frühling

Das schweizerische Ufer des Bodensees

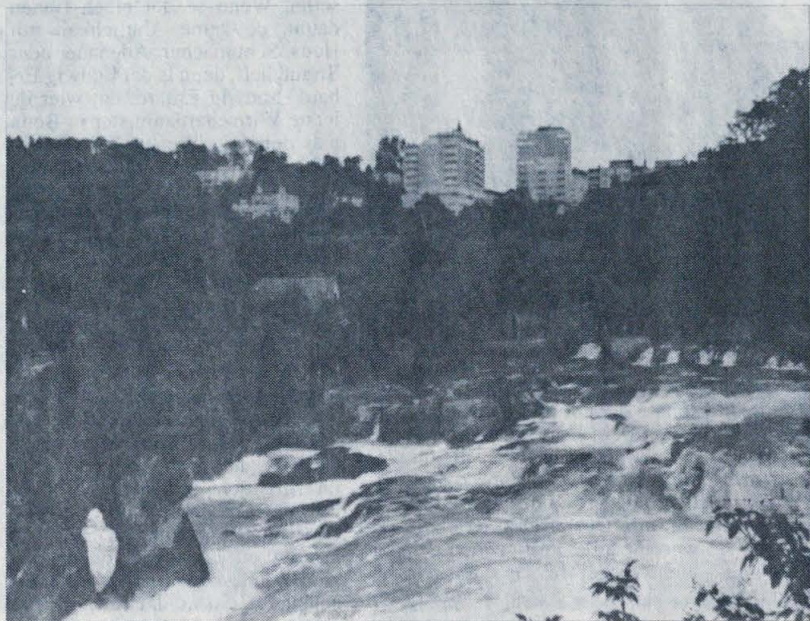
Aus den noch winterlichen Bergen zurück in die Ebene des Rheins, die das Grenzgebiet zwischen Österreich und der Schweiz bildet. Von St. Margarethen kommend, in Richtung Rorschach, ist das Bodenseeufer nicht mehr fern. Bei Staad geht der Blick weit in Richtung nach Friedrichshafen, aber wo ist der Frühling und die blühenden Obstbäume? Das Ufer ist weitgehend zugebaut. Kleingewerbe, schäufliche Appartementblocks, dann wieder hinter Mauern und Hecken am Seeufer gelegene Villen. Rorschach ist erreicht, die erste schweizerische Stadt, hübsch mit vielen Erkerhäusern. Direkt am Hafenhafen liegt an der Wasserseite das große Kornhaus, heute Heimatmuseum. Hier könnte man schon einige Tage Rast machen und die Umgebung erkunden, denn landeinwärts zwischen Rorschach, St. Gallen/Herisau, Altstätten, Appenzell und St. Margarethen liegt eine landschaftlich wunderschöne Gegend, mit Mittelgebirgscharakter, das Appenzeller Land.

Meine Fahrt geht aber weiter am See entlang, und immer noch hat die fast geschlossene Bebauung kein Ende. Arborn, das nächste Städtchen, wieder von mittelständischer Industrie bedrängt und doch sehenswert, mit Schloß und langer Seepromenade. Dann folgt nach einigen Kilometern Romanshorn. Dieses Städtchen ist der Heimathafen der schweizerischen Bodenseeflotte. Der Seepark und Uferwanderweg nach Uttwil sind noch erwähnenswert. Hinter Romanshorn beginnt nun der ländliche Teil des schweizerischen Ufersaums. Wiesen, Obstbau, manchmal auch Reebflächen wechseln einander ab und dazwischen immer wieder wunderschöne Ausblicke auf den See.

Kreuzlingen kommt in Sicht, eigentlich mit dem deutschen Konstanz zu einer Stadt verwachsen und doch durch eine Staatsgrenze getrennt. Konstanz ist die größere und auch ungleich attraktivere der beiden Schwestern. Hier sollte, nein muß, man einige Tage Pause einlegen. Zu groß ist die Vielzahl von Sehenswerten, das man sich nicht entgehen lassen sollte.

Nur einige Appetithäppchen: Das Konzilgebäude (Konstanzer Konzil 1417 Papstwahl), das Münster, Rosgartenstraße, Rosgartenmuseum, Haus zum Goldenen Löwen und natürlich auch das moderne Konstanz, die Universität (die in ihrer Gestaltung einmalig ist). Ich kann mich nur wiederho-

len, wer in Konstanz nicht verweilt ist selber schuld. Vor der Weiterfahrt muß man sich entscheiden, entweder auf der deutschen Seite bleiben und den Boanrücken entlangfahren, mit der Möglichkeit,



Faszinierender Anblick für jeden Besucher - der Rheinflall

die Insel Mainau und Reichenau zu besuchen oder wieder zurück nach Kreuzlingen, um von dort aus an dem schweizer Unterseeufer und am Rhein weiter zu fahren.

Kurz hinter Kreuzlingen etwas abseits der Hauptstraße, liegt der kleine Ort Gottlieben. Es ist wirklich so, als ob der Herrgott diesen kleinen Ort besonders in sein Herz geschlossen hat, so schön und harmonisch liegt dieser idyllische Flecken am Seerhein.

Wenn ich in der Beschreibung des deutschen Ufers von Perlen an einer Kette spreche, dann muß ich für die Fahrtstrecke von Kreuzlingen nach Schaffhausen zum Rheinflall von Diamanten sprechen, so schön ist es hier. Der nächste Ort ist das alte Fischerdorf Ermatingen, mit seinen malerischen Fachwerkhäusern. Nach wenigen Kilometern wieder ein so anmutiger kleiner Ort, Mannenbach, direkt gegenüber der Insel Reichenau (Fährverbindung). In unmittelbarer Umgebung befinden sich Burgen und Schlösser.

Das Schloß Arenenberg ist insofern erwähnenswert, da sich hier ein Napoleonmuseum befindet. Berlinen, schon wieder ein Kleinod an der kurzen Wegstrecke nach

Steckborn, besticht durch seine Ruhe und seine Fachwerkbauten. Steckborn ist ein malerisches Städtchen direkt am Wasser gelegen. Ich merke schon, ich komme wieder einmal ins Schwärmen, wie

der zu tätigen. Die Straße No 13 führt uns am Rhein entlang nach Diessenhofen, der ehemaligen Reichsstadt mit dem mittelalterlichen Stadtbild und den alten Befestigungen. Eine alte Holzbrücke führt zum deutschen Ufer hinüber. Wir bleiben noch auf der schweizerischen Seite, und nach kurzer Fahrt ist der Endpunkt dieser Bodenseereise erreicht.

Schaffhausen, vielen nur durch den gleichnamigen, wenige Kilometer stromabwärts gelegenen Rheinflall ein Begriff. Dabei bietet diese Stadt viel mehr, eine malerische Altstadt, eine sehenswerte Festungsanlage (Kastell Munot), ein besichtigungswertes Münster und natürlich auch den schon erwähnten Rheinflall. Er ist der mächtigste Wasserfall Europas und bildet für mich trotz seiner touristischen Überlaufenheit immer wieder einen reizvollen Anziehungspunkt. Ein Erlebnis besonderer Art ist natürlich eine Bootsfahrt direkt zum Wasserfall. Vieles blieb bei einer gemeinsamen Fahrt um den See unerwähnt, aber nicht vergessen.

Auf meinen vielen Reisen bin ich selten einer Landschaft mit so viel reizvollen Orten und Städten begegnet, die mich dermaßen faszinierte und glücklich machte, wie diese Landschaft rund um den Bodensee.

Reiseinformation: Anreise über die Autobahnen Frankfurt-Stuttgart-Singen

Auskünfte für die schweizerische Bodenseeseite: Schweizerische Fremdenverkehrszone, Bellariastr. 38, CH 8023 Zürich

Fremdenverkehrsverband Bodensee-Oberschwaben, Schützenstr. 8, D-7750 Konstanz

Literatur: Nach wie vor das Beste, was ich in letzter Zeit als Reiseführer gelesen habe, der Baedeker/Allianz Reiseführer, Bodensee/Oberschwaben. Alle nur erdenklichen Hinweise sind enthalten. Leider alphabetisch und nicht fahrtstreckenmäßig geordnet, DM 35,00.

Volker Brüggemann

Reisenotizen

Mecklenburgische Seenplatte

Auf halbem Weg zwischen Berlin und Ostsee liegt Mecklenburg-Vorpommern, mit seinen Seen, grünen Hügeln und Wäldern eine ideale Erholungslandschaft. Ob mit Paddelboot oder Kahn auf Seen und Kanälen, per Fahrrad oder einfach nur als neu zu entdeckendes Urlaubsziel - das nördlichste der neuen Bundesländer hat eine Menge zu bieten.

Über 1 000 zumeist untereinander verbundene Gewässer, machen die Mecklenburgische Seenplatte zu einem Dorado für Wassersportler. Mit 177 Quadratkilometern ist die Müritz der größte See der neuen Bundesländer. Unterkünfte stehen in Hotels, Privatzimmern und Ferienwohnungen zur Verfügung, an den Seen gibt es zahlreiche Campingplätze.

Auskunft über die Müritz und die umliegenden Seen versichert der Fremdenverkehrsverband Mecklenburgische Seenplatte, Marienfelder Weg 4a, O-2070 Röbel, Tel.: 039931-9537

Nürnberg denkt an Familien

Spezielle Familien-Pauschalen enthält die Reihe der „Trichter-Programme“ aus Nürnberg. Die Preisliste beginnt bei 75,00 DM. Der Katalog 92/93 informiert über Theater-Arrangements, den Aquarellmalkurs „Auf den Spuren von Albrecht Dürer“ und über Kulturangebote ab 65,00 DM.

Schon vor Eröffnung seines Erweiterungsbaues im Juni 1993 zeigt das Germanische Nationalmuseum von Dezember bis Februar '93 die Ausstellung „Focus Behaim Globus“, eine Schau über das Weltbild vom angehenden Mittelalter bis heute.

Auskunft: Congress- und Tourismuszentrale, Postfach 4248, W-8500 Nürnberg

Gastfreundliches Kühlungsborn

An der nördlichsten Spitze Mecklenburgs liegt Kühlungsborn, die „Grüne Stadt am Meer“. Bis 1857 reicht die Geschichte eines der größten deutschen Ostseebäder zurück, das zu den Festtagen kostengünstige Pauschalangebote macht.

Das Skan-Hotel Ostsee und das Ostseehotel, jeweils vom 23. bis 27. Dezember 1992 und vom 30. Dezember bis 2. Januar 1993.

Das „Haus des Handwerks“ bietet Pauschalen vom 23. bis 29. Dezember und vom 29. Dezember bis 3. Januar. Das Inklusivangebot des Hotels „Unter den Linden“ gilt vom 26. Dezember bis 2. Januar. (Preise pro Person und Tag von 65,00 bis 140,00 DM mit Halbpension und Programm.)

Information: Kurverwaltung, Poststraße 20, =2565 Kpühlungsborn, Tel. 0382-93209

Wintersport mit Eiskristall

Im oberbayerischen Wintersportort Inzell dreht sich in den kommenden Wochen nicht gerade alles, aber doch vieles um das bekannteste deutsche Kunsteisarsenal, in dem zahlreiche Welt- und Europameisterschaften ausgetragen wurden, um das „Bundesleistungszentrum Eisschnellauf“.

Dazu gehören gute 6 600 Quadratmeter Eisfläche, eine 400-Meter-Eisschnellaufbahn, aber auch ein Gästelauffeld plus Schlittschuhverleih und allerlei Nebenanlagen.

Im Dezember und Januar können die Urlauber in Inzell bei mehr als zwanzig nationalen und internationalen Eissportveranstaltungen bevorzugte Zuschauer sein.

Zu den Höhepunkten gehören das Internationale Weihnachtsrennen am 26. und 27. Dezember und das Winter-Triathlon am 16. Januar.

Zwischendurch und auch im Rahmen der „Inzeller Eiskristalle“ ist das Eislauf-Dorado auch ein Fitnessparkett für die Gäste.

Informationen: Verkehrsverein, 8221 Inzell, Telefon: 08665/862, Fax: 08665/864

Zum Zwinger nach Dresden

Die Sempgalerie in Dresden erstrahlt im alten Glanz. Nach vierjähriger Restaurierungsarbeit - 100 Millionen DM wurden investiert - wird ab 6. Dezember die Gemäldegalerie „Alte Meister“ im Neo-Renaissancebau des Zwingers wieder für Besucher zugänglich sein.

Etwa 650 Bilder, darunter Rafael's „Sixtinische Madonna“ und Tizians „Zinsgroschen“ - ein Drittel des Gesamtbestandes - sind täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr zu bewundern.

Informationen: Staatliche Kunstsammlungen, Postfach 450, =8012 Dresden, Tel.: 0351-4953056

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Ihr leistungsstarker Werbepartner für die ganze Region!

2. Kunstbörse

Der Kunstverein Wiligrad zeigt und verkauft vom 5. bis 13. Dezember 1992 Malerei, Grafik, Kleinplastik und Objekte von Künstlern aus Mecklenburg-Vorpommern. Am 5. und 6. Dezember werden Werke der angewandten Bereiche Glas, Keramik, Schmuck und Textil das Angebot ergänzen.

Programm:

5. Dezember:

10.00 Uhr Eröffnung
10.30 Uhr Swing und Jazz mit dem Common Sense Orchestra Berlin

15.00 Uhr „Gevatter Tod“, Märchen für Kinder und Erwachsene mit dem Puppentheater Wismar

19.00 Uhr Swing und Jazz (wer will, kann tanzen)

6. Dezember

10.30 Uhr Frühschoppen
Swing und Jazz mit dem Common Sense Orchestra

16.00 Uhr Konzert
13. Dezember
16.00 Uhr Weihnachtliche Musik alter Meister

Kunstverein Wiligrad e. V.
Schloß Wiligrad
O-2711 Lübstorf
15 km nördlich von Schwerin
Telefon: 03867/240
Telefax: 240

Zur Kunstbörse ist Schloß Wiligrad folgendermaßen geöffnet:
5. und 6. 12. 92: 10 bis 22 Uhr
(bzw. open end)
Montag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
12. und 13. 12. 92: 10 bis 18 Uhr

KUNSTVEREIN
WILIGRAD

LN

DRUCK

LN-Druck, Herrenholz 10-12
2400 Lübeck 1

Telefon (0451) 144 17 11
Fax (0451) 144 10 28

Die Offsetdruckerei, die Beratung und Service großschreibt.

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen:

Satz
Repro
Buchbinderei
Druck und
Versand.

Unser Außendienst besucht Sie gern.